# Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Haden & Comp., Nr. 1268.

**Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.**

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 19,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bautznerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Bautznerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M. Familienanzeigen 1,50 M., die 4gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Wiederholung 40 Pf.

Nr. 211 | Dresden, Freitag den 9. September 1921 | 32. Jahrg.


## Der veränderte Programmentwurf

### I. Der theoretische Teil

Die politischen Ereignisse der letzten Wochen ließen weder Raum, noch Zeit, noch Stimmung, um Fragen der sozialistischen Theorie zu behandeln. Darum hat sich auch die Parteipresse bis heute noch recht wenig ausgesprochen zu dem veränderten Programmentwurf, den wir in der Nummer vom Freitag den 26. August abdruckten und der in Görlitz beraten werden soll. Die erste Fassung des Entwurfs war in der Parteipresse und in Versammlungen scharf angegriffen und in einer Reihe von Resolutionen als undiskutierbar abgelehnt worden. Die Programmkommission wiederum erklärte kurz nach Veröffentlichung des Entwurfs, daß er noch nicht die endgültige Form erlangt habe und daß die Programmkommission noch einmal darüber beraten müsse. Diese Beratung und nochmalige Durcharbeitung ist nun nachgeholt worden. Das Ergebnis liegt vor.

Wir können nicht sagen, daß durch diese flüchtige Nacharbeit der Entwurf für eine fruchtbare Diskussion wirklich reif geworden sei. Er erscheint gekürzt, gestaucht und dadurch vor allem im praktischen Teil brauchbarer. Um so mehr läßt der theoretische Teil noch immer zu wünschen übrig. Einschiebungen allein tun's nicht, und man hat eingeschoben, was von der Kritik besonders vermißt wurde. Gleich im Anfang heißt es jetzt von der Sozialdemokratischen Partei: „Sie hat zur Grundlage ihres Wirkens den Klassenkampf der Arbeiterklasse und der sich mit ihr solidarisch fühlenden Gesellschaftsschichten für ihre wirtschaftliche Befreiung und kulturelle Hebung . . .“

Mit diesem Satz ist das Bekenntnis zum Klassenkampf, das im ersten Entwurf fehlte, wieder aufgenommen worden. Diese Wendung hat jedoch Konsequenzen, die in der weiteren Entwicklung des theoretischen Teiles nicht mit der wünschenswerten Entschiedenheit gezogen worden sind. Die Grundidee des Klassenkampfes bedarf einer klareren Motivierung. Die Analyse des kapitalistischen Wirtschaftssystems ist unvollkommen geblieben. Man hätte darlegen müssen, warum das kapitalistische System mit unerbittlicher Folgerichtigkeit die Klassengegensätze erzeugt, verschärft und den Klassenkampf gebiert, und warum der Kampf des Proletariats gleichzeitig die Erlösung aller Volksschichten ist, die unter kapitalistischer Ausbeutung leiden. Es hätte weiter dabei der Krisencharakter der kapitalistischen Warenproduktion gekennzeichnet werden müssen. Gewiß leiden wir jetzt nicht an Ueberproduktion und Ueberfüllung des Marktes — Erscheinungen, die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unter normaleren Voraussetzungen als den gegenwärtigen periodisch wiederkehren. Dagegen zeigt sich die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise gerade gegenwärtig in Unterproduktion auf Gebieten, auf denen bei planmäßiger Bewirtschaftung eine Entspannung und ein Produktionsausgleich stattfinden könnte. War man schon der Meinung, daß die alte Krisentheorie des Erfurter Programms teils unzulänglich, teils unzureichend ist, so hätte man an eine Neuformulierung gehen müssen.

Ein weiterer Mangel offenbart sich in der Verwendung des Wortes Sozialisierung, das man im einleitenden Teil der ersten Fassung vermieden hatte. Statt dessen stand dort das Wort von „sozialistischer Gemeinwirtschaft“. Jetzt heißt es nach einem Hinweis auf die imperialistisch-militaristischen Gefahren der kapitalistischen Welt:

> Diese unerträglichen Zustände können nur dadurch überwunden werden, daß die großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe durch Sozialisierung der kapitalistischen Produktion in die sozialistische Gemeinwirtschaft übergeführt und zugleich alle im Volk vorhandenen Kräfte in planmäßigem Auf- und Ausbau der Produktion zur höchsten technischen Vollkommenheit entwickelt und zu lebendiger Arbeitsfreudigkeit erzogen werden.

Dieser Satz ist unbestimmt und unzureichend, denn die „unerträglichen Zustände“ werden nicht durch die Sozialisierung der großen konzentrierten Wirtschaftsbetriebe allein überwunden, weil es sich ja hier ausgesprochenermaßen um Teilsozialisierungen handeln würde, mit denen die Uebel der privatwirtschaftlichen Anarchie nicht überwunden würden. Leider fehlt ein Hinweis darauf, wie man sich bei der teilweisen Sozialisierung den Zusammenhang zwischen den sozialisierten Betrieben und der privatwirtschaftlichen Produktion denkt. Es wird zwar im praktischen Teil davon gesprochen, daß die Kartelle und Trusts vom Reiche zu kontrollieren sind, aber wie weit sich die Kontrolle erstreckt und wie weit die Befugnis der Oeffentlichkeit gehen soll, auf Rohstoffverwendung, Preis- und Produktionsgestaltung der kontrollierten Betriebe einzuwirken, darüber erfährt man nichts. Die Kommission ist sich über die Fragen des planmäßigen Wiederaufbaus so wenig einig geworden, daß sie zu den Methoden der Planmäßigkeit überhaupt nicht Stellung genommen hat. Es entsteht damit, daß das Wort Sozialisierung zwar aufgenommen, aber gleichzeitig stark eingegrenzt wurde, eine Lücke und ein Widerspruch wie oben, wo das Wort Klassenkampf ohne ausreichende Motivierung bleibt.

Man hat also der Kritik einige Konzessionen gemacht, womit der theoretische Teil an einigen Worten gewonnen haben mag, an Einheitlichkeit des Gedankenflusses aber fehlt es noch immer. Günstiger steht es mit dem praktischen Teil, von dem wir in einem zweiten Artikel reden werden.

# Das Kompromiß mit Bayern

Eigene Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung

**Berlin**, 9. September. Die Spannung zwischen Berlin und München kann als beseitigt gelten, wenn aus der Konflikt zwischen Bayern und dem Reich offiziell noch nicht aus der Welt geschafft ist. Auf beiden Seiten herrscht der Wunsch, durch ein Kompromiß eine Lösung zu finden. Gestern nachmittag hatte die bayerische Delegation mit den Vertretern der Reichsregierung, dem Reichskanzler, dem Minister des Innern und dem Reichsjustizminister Verhandlungen gepflogen, aus deren Ergebnis ein Kompromiß herauskam, über das noch vorläufig strengstes Stillschweigen bewahrt wird.

Heute vormittag befaßte sich der bayerische Ministerrat mit dem durch die bayerische Delegation überbrachten Kompromißvertrag. Geheimrat Held will es versuchen, den Standpunkt, den er gestern der Reichsregierung gegenüber vertreten hat, in München zu rechtfertigen. Das Kompromiß läuft darauf hinaus, daß **Bayern den Belagerungszustand tatsächlich aufheben wird**, dafür aber hat die Reichsregierung die Kompetenzfrage des Artikels der Sonderverordnung des Reichspräsidenten durch die einzelnen Länder zugestanden. Formell wird in **Bayern der Belagerungszustand verschwinden. An dem Regiment Bühner wird sich aber nichts ändern.**

Da der jüngste Ausschuß des bayerischen Landtages erst am Sonnabend zusammentritt, dürfte der Montag die Antwort noch nicht in Berlin eintreffen. Auch das Reichskabinett muß zu dem Kompromißvorschlag Stellung nehmen. Es ist daher anzunehmen, daß der parlamentarische Ueberwachungsausschuß des Reichstags, dessen heutige Sitzung zunächst einmal auf morgen verschoben wurde, erst am Montag wieder zusammentritt.

## Der Kampf ums Burgenland

Eigene Drahtmeldung

**Wien**, 9. September. Auf den Straßen, die aus dem Burgenlande nach Wiener Neustadt führen, herrscht wilde Aufregung. Nach den Ueberfällen auf die vorgeschobenen Gendarmerieposten ziehen immer neue Flüchtlingsgruppen über die Grenze. Der Sitz der Landesverwaltung ist nach Wiener Neustadt zurückverlegt worden. Bundeskanzler Dr. Schober hat in einem telephonischen Gespräch mit der militärischen Ententekommission in Sedenburg auf die Unhaltbarkeit der Lage hingewiesen und die Kommission für die Verluste der Gendarmerie verantwortlich gemacht. Auf sein energisches Verlangen, Reichswehrabteilungen zur Verstärkung einsetzen zu dürfen, erfolgte wiederum die strenge Mahnung, dieses zu unterlassen. Das einzige Zugeständnis war, daß die Gendarmerie durch Maschinengewehrabteilungen verstärkt werden dürfe.

Zur Beilegung der Zwist sind aus Wien der französische General Pellet, der englische Oberst Cummingham und der italienische Militärattaché Montgelas eingetroffen. Der Ueberfall auf Sarmbert stellt deutlich den Zusammenhang der Heimatwehren und der ungarischen irregulären Truppen. Am 4. und 5. September fand der Angriff statt. Die drei gefangenen Gendarmen, die nach Rosenberg abgeführt waren, wurden mit Maschinengewehrfeuer überfallen. Aus dem Walde heraus brachen zunächst Freischärler hervor. Die Gendarmerie nahm den Kampf auf. Als hinter den Insurgenten starke ungarische Truppen sichtbar wurden, Artillerie an der Spitze und Infanterie mit Kirchenfahnen, wurde der Befehl gegeben, zurückzugehen und den Kampf einzustellen, sowohl der Instruktion, unter keinen Umständen gegen reguläre Truppen vorzugehen.

## Die Interalliierte Kommission im Industriegebiet

Eigene Drahtmeldung

**Düsseldorf**, 9. September. Englische Sachverständigenkommissionen besichtigen das Industriegebiet und besichtigen die Werke und nunmehr haben auch die drei Chefs der Interalliierten Kommission sich hierhin begeben. Diese Kommission ist mit einem reichen Stabe von Hilfskräften umgeben. Die Arbeit Spaans hat sich zunächst auf englische Kommissionen nach Deutschland begeben.

## Die unbrauchbaren Marokkaner

Eigene Drahtmeldung

**Frankfurt**, 9. September. Die marokkanische Division, die erst kürzlich nach der Pfalz verschoben worden war, trotz des Befehls des Oberkommandos der französischen Rheinarmee nach Frankreich zurückzutransportieren als Folge der in ihr vorgekommenen Meutereien und Gehorsamsverweigerungen. Sie soll durch eine weiße Division ersetzt werden.

## Der sensationelle Sturz der Mark

Eigene Drahtmeldung

**Berlin**, 9. September. Der sensationelle Sturz der Mark am gestrigen Nachmittag hat sich heute nicht fortgesetzt. Trotzdem im Ausland die Mark noch weiter gesunken ist, und die Auslandsdevisen im Reiche wieder zurückgegangen. Der Dollar, der gestern nachmittag mit über 100 gehandelt wurde, ist heute wieder für 97 zu haben. Das Geschäft war nicht sehr lebhaft, da man die Devisenbestände festzuhalten sucht.

# Die starke Mitte

Nach einer Meldung aus Berlin haben zwischen den Vertretern der S. P. D., des Zentrums und der Demokratie Verhandlungen über die Umbildung der preußischen Regierung stattgefunden, die aber vorläufig ergebnislos verlaufen sind. Wie bekannt, hat sich seinerzeit die S. P. D. an der preußischen Regierung nicht beteiligt, weil Stegerwald nicht bereit war, unsrer Partei den Einfluß in seinem Kabinett einzuräumen, den sie forderte. Stegerwald wünschte eine Regierung zu bilden, die sich von der Deutschen Volkspartei bis zur Sozialdemokratie erstreckte und das ist auch heute noch das Ziel seiner Wünsche.

Die Deutschvolksparteiler haben ja große Sehnsucht nach Ministerposten. Das hat ihr Verhalten in der letzten Zeit bewiesen. Sie konnten gar nicht oft genug beteuern, daß sie treu zur Verfassung ständen. Wenn sie auch im Innersten ihres Herzens monarchistisch seien, so wollten sie ihre Ziele doch nur mit gesetzlichen Mitteln zu erreichen suchen.

Wenn wirklich heute die Demokratie in Deutschland so fest begründet wäre, daß keine Gefahr für sie bestände, so brauchte man sich wegen der monarchistischen Sehnsüchte der Deutschen Volkspartei keine großen Kopfschmerzen zu machen, aber wir wissen heute noch nicht, ob wir nicht eines schönen Tages eine Wiederholung des Kapp-Putsches erleben werden. Glaubt aber jemand, daß sich die monarchistisch gesinnten Herren von der Deutschen Volkspartei, wenn es wieder einmal ernst wird, auch wirklich mit allen Kräften für die Aufrechterhaltung der Republik einsetzen würden? Ihr Monarchismus wird nur so lange theoretisch bleiben, wie ihnen die Trauben zu sauer sind. Wo sind denn die Herren von der Deutschen Volkspartei beim Kapp-Putsch gewesen, als es galt, die Republik zu verteidigen? Die Sozialdemokratie hat keine Lust, mit Politikern in einer Regierung zusammenzuarbeiten, die im Ernstfalle im Kampf für die Republik nicht nur versagen, sondern voraussichtlich die Maßnahmen zum Schutze der Demokratie auch sabotieren würden.

Ein Kabinett, das sich auf die große Koalition von der S. P. D. bis zur Deutschen Volkspartei stützte, wird vielfach in der bürgerlichen Presse als eine Regierung der „starken Mitte“ bezeichnet. In Wahrheit wäre eine solche Regierung keine Regierung der Mitte, in der sich der bürgerliche und der sozialistische Einfluß die Wage hielten, sondern wir hätten bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der Parlamente im Reich und in Preußen eine bürgerlich-kapitalistische Regierung mit einem verhältnismäßig unbedeutenden sozialistischen Einschlag. Die Leute der Partei des Herrn Stinnes werden nicht bereit sein, unsern sozialistischen Anschauungen so weitgehende Zugeständnisse zu machen, daß die Arbeiterschaft durch die Politik einer solchen Regierung der starken Mitte auch nur einigermaßen befriedigt würde.

Die Sozialdemokratie würde sich durch ihre Teilnahme an einer solchen Regierung nur kompromittieren, ohne daß sie etwas erreichen könnte. Dann aber wäre aber die Regierung der „starken Mitte“ auch nicht stark. Die großen Gegensätze in der Regierungsmehrheit würden es verhindern, daß man überhaupt in irgendeiner Beziehung vorwärts käme.

In einsichtigen demokratischen Kreisen scheint man einzusehen, daß man jetzt der Sozialdemokratie ein Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei nicht mehr zumuten kann.

Das Berliner Tageblatt, das früher dafür eingetreten ist, daß die Deutsche Volkspartei zusammen mit der Sozialdemokratie in der preußischen Regierung beteiligt wird, ist heute der Meinung, daß es jetzt darauf ankomme, eine der Reichsregierung homogene, d. h. aus eine aus Sozialdemokraten, Zentrumsleuten und Demokraten bestehende preußische Regierung zu bilden. Die Verhandlungen in Berlin sind deshalb nicht zu einem Ergebnis gelangt, weil die Vertreter des Zentrums und der Demokratie auf dem Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung bestanden.

Sie werden vermutlich darauf hingewiesen haben, daß eine auf Zentrum, Demokraten und S. P. D. gestützte preußische Regierung nur eine schwache Mehrheit im preußischen Landtag hätte.

Eine auf eine starke Mehrheit gestützte preußische Regierung, bei der unsre demokratisch-republikanische Verfassung in guter Hut wäre, läßt sich freilich in Preußen nur bilden, wenn endlich die Unabhängigen ihre verkehrte Enthaltsamkeitspolitik aufgeben. Die letzten Ereignisse haben deutlich genug gezeigt, welche Gefahren der Zustand des deutschen Volkes drohen. Da es vorläufig noch nicht möglich zu sein scheint, die reaktionäre Rechtsregierung in Bayern zu beseitigen, ist es um so notwendiger, daß wir in Preußen eine starke Regierung bekommen, die entschlossen und geeignet ist, den Kampf gegen die Reaktion zu führen. Es gilt jetzt, mit allen Mitteln die Republik zu schützen. Deswegen ist es höchste Zeit, daß die U. S. P. sich endlich zur Teilnahme an einer verbindenden republikanischen Koalitionsregierung bereit erklärt. Das ist das Gebot der Stunde.

### Keine Umbildung der preußischen Regierung

Ueber die heutige interfraktionelle Sitzung, die im Abgeordnetenhaus unter Vorsitz des Landtagspräsidenten Leinert stattfand, wird mitgeteilt:


SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210909/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

Auf Einladung des Präsidenten des preußischen Landtags fand am Donnerstag nachmittag eine Besprechung zwischen den früheren Koalitionsparteien, Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten, statt. Gegenstand der Verhandlung war eine Aussprache über die künftige Gestaltung der preußischen Regierung. Nach zweieinhalbstündiger Beratung war festzustellen, daß eine Uebereinstimmung zwischen den Parteien nicht erzielt werden konnte. Die Beratungen sollen zu gegebener Zeit fortgesetzt werden.

Ueber den Verlauf der interfraktionellen Besprechung erfahren die V. V. P. noch folgende Einzelheiten. Nachdem Fraktionsvorsitzender Leinert unter Hinweis auf die jüngsten politischen Vorgänge und eine Ansprache des Ministerpräsidenten Stegerwald die Einberufung der Besprechung begründet hatte, wurde seitens des Zentrums zunächst die Forderung erhoben, daß der Vorsitzende der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Abg. Ströbel, den Vorwurf widerrufe, den er kürzlich bei der Wahl des Kabinetts Stegerwald gegen die Unterhändler des Zentrums und der Demokraten erhoben hatte, nämlich, daß das Kabinett Stegerwald unter Druck und Drohung zustandegekommen sei. Abg. Ströbel lehnte es zu einem solchen Widerruf nicht in der Lage zu sein, da die außerhalb Schlesiens vorgenommene Wahlbewegung zu sprechen, wohl aber sei er bereit, gemeinsam mit den Parteien von den anderen Parteien eine gewisse Formulierung zu finden, welche das Moment der persönlichen Beleidigung ausschalte und nur den objektiven Inhalt der Erklärung aufrechterhält.

Als allgemeine politische Erwägungen dürften jedenfalls Zentrum und Demokraten heute für sich die Feststellung der preußischen Regierung nur auf der Basis der breiten Koalition, d. h. unter Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei, bilden konnte. Von sozialdemokratischer Seite wurde dieser Gedanke abgelehnt, es könne sich vielmehr lediglich darum handeln, daß die Sozialdemokratie wieder in die preußische Regierung eintrete und damit Gewähr eine Regierung erhalte, welche die gleiche Tendenz und die gleiche Zusammensetzung habe, wie das Kabinett Dr. Wirth im Reiche. Eine Verständigung der verschiedenen Standpunkte war nicht zu finden. Ministerpräsident Leinert schlug vor, vorläufig eine Regierung der alten Koalition zu bilden und nach ihrem Zustandekommen mit der Deutschen Volkspartei über ihren etwaigen Eintritt in die Regierung zu verhandeln. Nach dieser Verhandlung wurde das Zentrum und den Demokraten abgeschlossen. Unter diesen Umständen ging die interfraktionelle Besprechung nunmehr ergebnislos auseinander, und es ist nicht auszuschließen, daß vor dem Wiederzusammentritt des Landtages Ende September noch irgendwelche weiteren Versuche zur Bildung der preußischen Regierung unternommen werden.

Wie die V. V. P. weiter hören, hat Ministerpräsident Leinert dem Ministerpräsidenten Stegerwald Mitteilung davon gemacht, daß der Versuch, zu dem Stegerwald ihn angeregt habe, gescheitert sei. Auch Stegerwald habe sich bereitwillig einverstanden erklärt, daß Ministerpräsident Leinert seine Stellung als beendet ansieht und vorläufig keine weiteren Schritte unternimmt.

## Der Ruf nach Abrüstung

Genf, 8. September. In dem Bericht, den Viviani gestern abend in der Abrüstungs- und Blockadekommission im Namen der gemischten Kommission für Abrüstung erstattete, wurde das Ergebnis der von der Versammlung angeordneten Umfrage bei den Völkerbundsstaaten zur Beschränkung der Heeresausgaben noch einmal behandelt. Viviani sagte, daß die Mehrzahl der Antworten dem Geiste und Wunsche der Versammlung entsprochen habe. Er erwähnte noch einige andere bereits behandelte Fragen, wie die der gegenseitigen Kontrolle der Nachrichten über Abrüstungsfragen und wies auf die Notwendigkeit öffentlicher Beratungen hin, die als beste Propaganda geeignet seien. Der Ausschuß beschloß, nach der Abstimmung über den Bericht den Völkerbund zu ersuchen, sich sobald als möglich mit dem Bericht über die Abrüstungsfrage zu beschäftigen.

•

London, 8. September. Der Gewerkschaftskongreß in Cardiff nahm, wie die Blätter melden, eine Entschließung an, in der gefordert wird, daß die Arbeiterschaft auf der Washingtoner Konferenz vertreten sein soll, die die Flottenpolitik Großbritanniens verurteilen würde. Der Arbeiterführer Thomas sagte in einer Rede, England müsse den andern Mächten ein Beispiel geben, indem es die Arbeiten für die neuen Schlachtschiffe einstelle. Für Kriegsschiffe müßten Handelsschiffe gebaut werden. Ein andrer Arbeiterführer erklärte, die Washingtoner Konferenz werde das Vorspiel nicht für die Abrüstung, sondern für neue Rüstungen sein.

•

In der Eröffnungssitzung der Jahreszusammenkunft der British Association in Edinburg, die von mehr als 2000 Gelehrten besucht war, richtete der Vorsitzende Sir Edward Thorpes einen scharfen Einspruch gegen die drohende Fortsetzung des Gebrauches giftiger Gase in der Kriegführung, der eine Herabwürdigung der Wissenschaft und eine Verneinung der Zivilisation bedeute. Der Vorsitzende forderte die versammelten Gelehrten auf, ihren Einfluß zur Beseitigung dieses Nichtstuns geltend zu machen.

Bei der Eröffnung der Tagung der amerikanischen chemischen Gesellschaft in Newyork an der zahlreiche hervorragende Engländer teilnahmen, wurde eine Entschließung angenommen, die im Hinblick auf die bevorstehende Washingtonkonferenz auf ernsthafte Erwägung der Frage der chemischen Kriegführung dringt.

## Die Alliierten und der Friede mit Amerika

Washington, 8. September. Die amerikanische Regierung hat Schritte unternommen, die alliierten Regierungen inoffiziell über die Verhandlungen zu unterrichten, die zur Redaktion des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten geführt haben. Diese Mitteilung ist nur aus Höflichkeit erfolgt. Schon als der Text des Vertrages veröffentlicht war, hatte man Grund zu der Annahme, daß der Vertrag bei den Alliierten auf Widerspruch stoßen würde.

•

### Neuer Kredit an Deutschland?

London, 9. September. Evening Standard meldet, daß ein weiterer Plan einer Kreditgewährung an Deutschland in den Vereinigten Staaten entworfen wurde. Otto Walcott Sumner, ein sehr bekannter amerikanischer Bankier, ist am Donnerstag in London aus Berlin eingetroffen, wo er Verhandlungen über diese Frage abgeschlossen habe.

# Die Selbstkritik des Völkerbundes

Genf, 8. September. Die große Diskussion über die Generalpolitik des Völkerbundes hat heute morgen begonnen. Als erster Redner erkennt Branting, der Vertreter Schwedens an, daß das vom Völkerbund unternommene Werk schon zu günstigen Ergebnissen geführt hat, doch kann er die Enttäuschung nicht verhehlen, die der Völkerbund in seinem Lande hervorgerufen hat. Im Namen des Rates wird Balfour auf diese Rede antworten. Als zweiter Redner nimmt Lord Robert Cecil, Delegierter Südafrikas, das Wort. Er spricht seine Befriedigung aus über das vom Völkerbund durchgeführte Werk, besonders in der Frage der Heimschaffung der Kriegsgefangenen und bezüglich der Untersuchung über die Deportation von Frauen und Kindern in der Türkei und bezüglich des internationalen Julitarifes, der bald wieder hergestellt wird. Cecil spricht weiter über die Frage der Beschränkung der Rüstungen und bringt zum Schluß seiner Rede die folgende Resolution ein.

1. Der Völkerbund spricht seine Befriedigung aus über die vom Völkerbund gemachten Anstrengungen und begrüßt die Mitglieder der Beobachtungen die größte Tätigkeit zu geben. 2. Der Völkerbund bedauert, daß die Verteilung der Mandate solange hinausgeschoben wurde. Er erkennt aber an, daß der Rat nicht dafür verantwortlich ist.

Nach der Rede des Prinzen Arfard Doulah (Persien), der der Ansicht ist, daß es nicht schwer fallen wird, die Interessen des Völkerbundes mit den allgemeinen Interessen auszusöhnen, wird die Sitzung 12.30 Uhr aufgehoben. Die nächste Sitzung findet am Freitag 10½ Uhr vormittags statt.

•

### Der Stand der oberschlesischen Frage

Paris, 8. September. Dem Genfer Berichterstatter des Petit Parisien zufolge versammelten sich gestern nachmittag die vier Mitglieder der Kommission, die die oberschlesische Frage zu studieren hat. Jedes Mitglied dieser Kommission ist damit beschäftigt, einen Einzelbericht auszuarbeiten, der dann mit den andern Einzelberichten zu einem einzigen Bericht verarbeitet werden soll. Dieser Gesamtbericht wird dann dem Völkerbunde unterbreitet werden. Er wird jedoch keine Lösung der oberschlesischen Frage vorschlagen, sondern nur ein neues Stadium des gesamten Problems bedeuten. Zwischen Balfour und Bourgeois finden zahlreiche Besprechungen in der oberschlesischen Sache statt. Man erklärt in offiziellen Kreisen, daß der italienische Vertreter Scialoja energisch den von Bonomi in Paris vertretenen Standpunkt verteidigen werde und mehr der englischen Anschauung geneigt sei. Der Vertreter des Petit Parisien hatte eine Unterredung mit dem brasilianischen Vertreter Da Cunha, der ihm erklärte, daß die vier Berichterstatter immer noch die Aktensammlung über Oberschlesien studieren. Eine Entscheidung sei noch nicht getroffen, und die Sachverständigen seien noch nicht berufen worden. Denn die vier Berichterstatter wollen sich von niemand beeinflussen lassen und wünschen nur, daß Recht und Gerechtigkeit in dieser Angelegenheit triumphieren möchten.

•

Recht und Gerechtigkeit! Dazu gehört, daß sich die Kommission vor allem einmal Klarheit schafft über die Frage: Was ist unter dem Selbstbestimmungsrechte eines Volkes zu verstehen und was folgt aus der Anwendung dieses Selbstbestimmungsrechtes auf Oberschlesien für die jetzige Entscheidung? Daß Oberschlesien das Selbstbestimmungsrecht im Friedensvertrag zugesprochen worden ist, wird wohl niemand wagen, in Zweifel zu stellen. Die Willensäußerung des oberschlesischen Volkes sollte für die Entscheidung der Obersten Rates neben wirtschaftlichen und geographischen Gesichtspunkten maßgebend sein.

Die oberschlesische Bevölkerung hat sich nun mit Dreifünftelmehrheit für Deutschland ausgesprochen. Was folgt daraus? Ist es das Selbstbestimmungsrecht von Gemeinden, das für Oberschlesien maßgebend ist, oder das Selbstbestimmungsrecht eines Volkes? Von ersterem hat man bisher nie etwas gehört. Auch Wilson hat immer nur vom Selbstbestimmungsrecht der Völker gesprochen. Stimmt nun aber die Bevölkerung eines Gebietes für die Gemeinschaft mit maßgebend sein soll, dann kann das unmöglich eine Anzahl von Gemeinden ausgesondert werden. Dann gilt doch ohne Zweifel dafür nur die Mehrheit, die sich in dem gesamten Gebiet bei der Abstimmung ergeben hat. Bedenken wir aber: Die Oberschlesien kommt nun noch verhängnisvoll hinzu, daß auch die wirtschaftlichen und geographischen Verhältnisse nicht nur gegen jede Teilung des Landes sprechen, sondern geradezu ein Verbleiben bei Deutschland fordern.

Bei den Verhandlungen im Obersten Rat ist man stillschweigend an der Frage, was sich aus der Anwendung des Selbstbestimmungsrechtes auf Oberschlesien für dieses Land ergibt, einfach vorbeigegangen. Die harten machtpolitischen Interessen, die mitsprachen, führten zu dem tollen Streit zwischen Lloyd George und Briand, der dann schließlich doch kein Ergebnis brachte. Wäre es aber zu einer Verständigung zwischen England und Frankreich gekommen, so würde es sicher auf Kosten des Selbstbestimmungsrechtes der oberschlesischen Bevölkerung geschehen sein. Frankreich ist es bekanntlich in ganz besonderem Maße, das diese Vergewaltigung anstrebt. Würde es genau so handeln, wenn es sich nicht um deutsches Gebiet handelte?

Nehmen wir einmal an, der Friedensvertrag habe, wie man es in Deutschland nach den Wilsonschen Erklärungen erwarten mußte, auch für Elsaß-Lothringen das Selbstbestimmungsrecht, die Willensäußerung der Bevölkerung durch Volksabstimmung vorgeschrieben. Würde Frankreich auch nur eine Diskussion über die Grenzlinie zugegeben haben, wenn das elsässische und lothringische Volk sich mit Dreifünftelmehrheit für Frankreich ausgesprochen hätte? Würde Frankreich nicht etwa in einem solchen Abstimmungsergebnis sein unbestreitbares Recht auf das gesamte Elsaß-Lothringen erkannt und demgemäß dieses Land für sich gefordert haben? Nach unsrer Meinung würde es dazu voll berechtigt gewesen sein. Und wir sind auch überzeugt, daß kein Franzose dieser unsrer Auffassung widersprochen wird.

Wenn die Kommission des Völkerbundrates dem oberschlesischen Problem auf den Grund gehen, wenn sie ein redlich einwandfreies Gutachten abgeben will, dann wird sie sich zunächst einmal mit der Frage des Selbstbestimmungsrechts befassen müssen. Die Prüfung alles übrigen dürfte sich dann sehr erleichtern und zum großen Teil sogar überflüssig werden.

# Leben • Wissen • Kunst

## Wie Dante in Deutschland bekannt wurde

Wohl kein andres Volk mit alleiniger Ausnahme seiner eigenen Nation hat um die Erkenntnis Dantes so hartnäckig und leidenschaftlich gerungen wie die Deutschen. Freilich hat es fast ein halbes Jahrtausend gedauert, bevor dieser gewaltigste Künstler des Mittelalters durch das Wirken der Frühromantik zu einem lebendigen Teil unsres Schrifttums wurde, aber der Einfluß Dantes auf die deutsche Kultur hat doch schon bald nach seinem Tode begonnen, und es ist von höchstem Interesse, zu verfolgen, wie sein Werk allmählich bei uns bekannt wurde, wie es gleichsam unterirdisch fortwirkte. Der erste wohl, der eine Handschrift der „Göttlichen Komödie" nach Deutschland brachte, war der geniale Kanzler Kaiser Karls IV., Johannes von Neumarkt, der 1345 seinen Herrscher nach Italien begleitete und von dieser Fahrt das kostbare Manuskript mitbrachte. Ob Johann von Neumarkt das Italienisch Dantes richtig verstehen konnte, ist zweifelhaft, aber es hat eine sinnbildliche Bedeutung, daß einer der ersten Deutschen, die die italienischen Renaissancegedanken vertraten, sich mit Dante beschäftigt hat, und es ist gewiß nicht zufällig, daß aus dem Kreise des Johannes von Neumarkt jene wundervolle Dichtung „Der Ackermann und der Tod" hervorblühte, die viel von dantesken Gleiste in sich trägt. Die ersten deutschen Anklänge an die „Göttliche Komödie" finden sich in einem Buche des „Mönches von Heilbronn", das in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts entstand. Oefters zitiert wird seine lateinische Prosaschrift „De Monarchia", und eine ziemlich eingehende Bekanntschaft mit Dante bekundet das 1454 erschienene Chronicon des Erzbischofs Antonius. Während des Konzils von Konstanz hielt der Bischof Giovanni Veriolti da Serravalle vom Mai 1416 bis Januar 1417 lateinische Vorlesungen über die „Göttliche Komödie", durch die einer großen Anzahl deutscher Kleriker die Gedankenwelt Dantes zum ersten Mal nahegebracht worden sein mag. Auch ein Minnesänger hat damals Gedanken und Vorstellungen aus Dantes Hölle in seinen deutschen Versen verarbeitet; es war der Tiroler Oswald von Wolkenstein. Wir treffen dann auf Kenntnis Dantes bei dem großen Philosophen Nikolaus von Cusa und bei dem Humanisten Johannes Trithemius. Während aber hier nur der Denker und Gelehrte Dante erwähnt wird, singt der lateinische Uebersetzer des Brandtschen „Narrenschiffes", Jakob Locher, gegen Ende des 15. Jahrhunderts das Lob des Dichters Dante und stellt ihn sowie Petrarca in der Vorrede zu seiner Uebersetzung mit den gelesertesten antiken Dichtern auf eine Stufe.

In der Zeit der Reformation war Nürnberg, einer der geistigen Mittelpunkte des damaligen Deutschlands, zugleich auch eine Stätte der Dante-Kenntnis, die weithin über ganz Deutschland wirkte. Der Nürnberger Arzt und Polyhistor Hermann Schedel widmete ihm in seiner „Chronik" eine ausführliche Darstellung, und der Humanist Willibald Pirkheimer besaß ein Exemplar der „Göttlichen Komödie", aus dem vielleicht auch Dürer Gedanken des großen Florentiners kennen gelernt hat. Man hat nämlich in seinem Allerheiligenbild Züge der Dantesschen Vision erkennen wollen. In schlichten Versen brachte Hans Sachs dem deutschen Volk die Gestalt des Dichters nahe in seiner „Historia Dantes, des Poeten von Florenz". Das Gedicht beginnt mit den Worten: „Als Dantes Aligerius / Der hoch Poeta Laureatus / Wohnet in der Statt zu Florenz / Ehrlich und wol mit reverenz / Der von seiner mißgönner schar / Fälschlichen angeklaget war / Auß der Statt on schuld ward vertriben / Der demnach ist ein zeitlang bliben / Zu Paris auff der hohen Schul / Da er besuch der Künsten stul / Ein Poet und sinnreicher dichter / Künstlicher Germina ein Schlichter / Da er macht manch löblich Gedicht / Nemlich ein Buch darinn bericht / Ganz artlich subtil und gering / Himlisch, Höllisch, Irdische ding." Die Uebersetzertätigkeit beginnt mit der Uebertragung der Monarchia durch Johannes Oetzold im Jahre 1503, wie ja überhaupt damals diese staatswissenschaftliche Schrift allgemein für das Hauptwerk Dantes galt. Der erste wirkliche deutsche Dichter, der Verse Dantes in unsre Sprache wiedergab, war Andreas Gryphius, der in den Anmerkungen zu seinem Drama vom „Sterbenden Papinian" zwei Stellen aus dem 12. Gesang der Hölle in deutsche Reime bringt. Wie damals Dante in deutschen Versen klang, möge die folgende Probe veranschaulichen: „Wir gingen mit dem treuen Leiter fort / Längst hin den Strand der Blut-gefärbten Bach / In welcher groß Geheule noch und noch / Außgossen die gesotten umb den Mord." Von dem Literaturpapst am Anfang des 18. Jahrhunderts, von Gottsched in Leipzig, der mehrmals von Dante spricht, konnte man kein rechtes Verständnis erwarten. Aber sein Hauptgegner, Bodmer, der Vorkämpfer Miltons und Klopstocks, ist wohl der erste Deutsche, der Gefühl für die überragende Größe des Florentiners hatte. Das eigentliche Dante-Studium in Deutschland beginnt mit Joh. Kil. Meinhards „Versuch über den Charakter und die Werke der besten italienischen Dichter", und noch ihm hat dann 1767 die erste deutsche Uebersetzung der „Göttlichen Komödie" in Prosa Lebrecht Bachenschwang geboten. Diesen wackeren Männern, die das Dasein des Werkes zuerst bewältigten, folgten dann in August Wilhelm und Friedrich Schlegel und in Schelling die Seher und Deuter, die den einzigartigen Geist dieser Dichtung dem deutschen Volke vor Augen stellten.

## Eine Werkstatt für künstliche Blumen in Dresden

Eine Werkstatt für Blumenmachen und -färben wird der staatlichen Akademie für Kunstgewerbe zu Dresden Anfang Oktober 1921 angegliedert. Der Unterricht bezweckt gute fachliche und geschmackliche Ausbildung. Aufnahme finden nur weibliche Personen nach vollendetem 16. Lebensjahre. Werkstattleiter ist der ehemalige Direktor der Blumenfachschule zu Sebnitz, Kunstmaler K. Kurt Müller. Anmeldungen mit Geburtsschein und letzten Schulzeugnis bis zum 26. September. Auskunft erteilt der Leiter der Werkstatt jeden Dienstag, Donnerstag und Freitag von 11 bis 1 Uhr im Zimmer Nr. 25 in der Akademie für Kunstgewerbe, Eingang Marschnerstraße.

### Dresdner Kalender

Theater am 10. September. Opernhaus: Lohengrin (6). — Schauspielhaus: Minna von Barnhelm (7). — Neustädter Schauspielhaus: Das vierte Gebot (7½). — Zentral-Theater: Zum ersten Male: Die Tanzgräfin (7). — Residenz-Theater: Zapfenstreich (7).

Schauspielhaus. Die Komödie Rugby von Wilhelm Speyer, deren Erstaufführung am Sonntag den 11. September stattfindet, ist folgendermaßen besetzt: Butler: Jos. Gladys: Verden, Karola: Herder, Brend'Amour: Mehnert, Gunna: Wierth, Gretor: Winterfeld, Toni Gretor: Blättern, Janson: Aufricht, Anton: Oswald. Spielleitung: Lothar Mehnert. Anfang: 7 Uhr.

Der Geiger Franz v. Vecsey gibt Freitag den 23. September im Vereinshaus ein einmaliges Konzert mit dem Philharmonischen Orchester. Dirigent: Meyer-Raden. Karten bei F. Ries, Seestraße 24, ab Freitag.

Führungen durch die Gemäldegalerie. Zum Besten des Vereins Heimatdank für die Stadt Dresden finden am Sonntag den 11. September, vormittags 9 Uhr, wieder zwei Führungen statt, für die jeder Teilnehmer — auch Nichtmitglieder — freier Besuch der Besuch frei — nur 1,50 M. zu entrichten hat. Der Erlös kommt den Kriegsbeschädigten und den Kunstlern zugute. In der einen Führung wird die Kunstgeschichtlerin Fräulein Schlender die Großmeister der Niederländer, d. h. den Rubens und den Holländer Rembrandt, und deren Zeitgenossen behandeln. Die Kunstgeschichtlerin Fräulein Gühne dagegen wird die spanischen Künstler des 17. Jahrhunderts, Murillo und Velasquez, und die Zeitgenossen bei Italienern und Niederländern zeigen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210909/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

# Einigung mit Bayern?

Berlin, 8. September. Wie die Abendblätter melden, sind die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Vertretern Bayerns heute vorläufig fortgesetzt worden. Nach einer Pause hat der Reichskanzler heute die Reichsminister des Innern und der Justiz abermals mit den Bayern zusammengerufen. Wie die Voss. Ztg. meldet, ist man im Laufe der Verhandlungen bis im Wesentlichen und Grundsätzlichen einig geworden, so daß man nunmehr hofft, die Verhandlungen heute abend zum Abschluß bringen zu können. Die Entscheidung in München, wohin die bayerischen Vertreter heute abend zurückkehren werden. Der Reichskanzler hat sich vorsichtig versichert, die Zustimmung der Regierungsparteien für ihre Vorschläge an die bayerische Regierung und für die Zugeständnisse, welche die Reichsregierung bei der Aufhebung des Belagerungszustandes zu machen bereit ist. Die Führer der Koalitionsparteien wurden heute vom Reichskanzler über die vorläufigen Ergebnisse der Verhandlungen unterrichtet und mit den Vorschlägen der Reichsregierung mit Ausnahme der Zentrumsfraktion, die gestern bereits den Koalitionsparteien heute abend dem Reichskanzler gegenüber geäußert werden. Vor Abschluß der Verhandlungen mit den Bayern wird das Reichskabinett die Frage der Reichstagsauflösung formulieren. Die endgültige Entscheidung dürfte am Sonnabend erfolgen werden.

•

Berlin, 9. September. Zum Anschluß an den amtlichen Bericht des Lokal-Anzeigers: Der gestrige Tag war bis zum Abend mit Konferenzen angefüllt. Nachdem die Regierung mit den verschiedenen Vertretern bis zur Mitternachtsstunde verhandelt und den interfraktionellen Ausschuß der Koalitionsparteien empfangen hatte, hielt das Kabinett um 6½ Uhr nachmittags eine Sitzung ab, in der die Verhandlungsergebnisse zusammengefaßt und Richtlinien für die nachfolgenden Beratungen mit den Parteien durchgesprochen wurden. Das Kabinett hat dann Stellung genommen, die Reichstagsfraktionen gestern und heute abend unterrichtet und Ausschuß und Fraktionen gebeten, über das Ergebnis der Verhandlungen mit den Bayern Stellungnahme zu erklären. — Der Lokal-Anzeiger erfährt, auf Grund zuverlässiger Informationen zu dürfen, daß der bayerischen Regierung von den Alliierten Verzicht auf den Belagerungszustand gegen Garantien angeboten worden sei. Es bleibe die Ansicht des Kabinetts Kahr bezüglich der Aufhebung des Belagerungszustandes schließlich entscheidend. Man wird sicherlich bei einem von Bayern Konzesse auf sich auch über Bayern erhobenen Ausnahmezustand leichtgläubig mit der Münchner Regierung Fühlung nehmen, weil bei der jüngsten Verordnung vom 26. August nicht bekannt, weil nach der Ansicht der Reichsregierung Gefahr geboten war. Auch wird Bayern bei den aktuellen Verwaltungsfragen, z. B. bei der Beschlußfassung der Reichsfinanzen, in seinem Standpunkt maßgebend respektiert werden. Die Lage wird allgemein günstig angesehen. Donnerstag abend empfingen Reichskanzler wiederum die Führer der beiden Koalitionsparteien, die er bereits am Mittwoch abend über den bisherigen Verlauf der Verhandlungen unterrichtet hatte. Wie mitgeteilt, trifft es keinesfalls zu, daß die Führer der Mehrheitssozialdemokratie in der bayerischen Frage aus der Reihe getanzt sind. Sie standen vielmehr völlig auf dem Boden der Reichsregierung, deren Haltung sie auch bezüglich gewisser Zugeständnisse an Bayern teilten.

# Wirkungen des Achtstundentages

Von Unternehmerseite wird immer wieder der Versuch gemacht, den Achtstundentag als produktionshemmend darzustellen. Als Beweis dafür hat man unter anderem auf die Jahresberichte der Regierungs- und Gewerberäte zurückgegriffen. Mit Unrecht. Eine objektive Durchsicht der Berichte ergibt, daß in der Industrie der Achtstundentag beinahe zur Durchführung gelangt ist und daß die bisherigen Ausnahmebestimmungen vollauf genügen, um eine Bewältigung der Aufträge zu gewährleisten. Im übrigen wird gerade in diesen Berichten immer wieder darauf hingewiesen, daß es unter den obwaltenden Umständen, vor allem aber infolge des ungeregelten Ganges unserer Industrie, unmöglich ist, ein abschließendes Urteil über die Wirkung des Achtstundentages im allgemeinen zu fällen. Wo der Versuch gemacht wird, wie es bezeichnenderweise vor allem in den östlichen Agrardistrikten, die am industriellen Leben am wenigsten beteiligt sind, geschieht, so zeigt sich fast ohne Ausnahme, daß der Berichterstatter selbst nicht des Ausmaßes vom Objektivität fähig ist, das eine wissenschaftliche Verwertung seines Materials ermöglichen könnte. Zieht man die vom Berichte, die ein abschließendes Urteil über den Achtstundentag fällen, in einem Gesamtergebnis heraus, so gewinnt man natürlich ein vollständig falsches Bild von den Wirkungen des Achtstundentages. Man könnte auf der Grundlage der mehr oder weniger Berichte aufbauen, die vom gunstigen Wirkungen der achtstündigen Arbeitszeit sprechen. Aber das ist ebenso verfehlt. Derartige Aussagen wurden nur konservierend und sind der Sache nicht dienlich.

# Ungarn pfeift auf den Friedensvertrag

Auch eine Antwort auf das Entente-Ultimatum an Ungarn sind die neuen Angriffe der Heimwehrbanden auf die österreichische Gendarmerie. Das Wiener Korrespondenzbureau meldet: Der Gendarmerieposten in Agendorf wurde heute von übermächtigen Banden, die auch Kavallerie bei sich hatten, angegriffen und mußte sich nach Mattersdorf zurückziehen. Nach Mitteilung der interalliierten Generalkommission in Oedenburg machte sich das Detachement Oedenburg mit Kavallerie daran, die Bande anzugreifen und zu zerstreuen, wobei hundert Mitglieder zu Gefangenen gemacht wurden. Die von der interalliierten Generalkommission in Oedenburg gegebene Darstellung stehe mit den Aussagen der am Gefecht beteiligten Gendarmen in Widerspruch. Sie erklären, daß reguläre Kavallerie vor den Banden rückwärts. Die österreichische Regierung hat von diesen Vorfällen neuerlich sofort die in Wien beglaubigten Vertreter der drei Hauptmächte verständigt.

# Der Milliardenstreit der Alliierten

Der Finanzminister Doumer hat sich Donnerstag nachmittag nach London begeben, um mit dem englischen Schatzkanzler Sir Robert Horne zu verhandeln. Daily Telegraph begleitet die Ankunft des französischen Finanzministers, der zwecks erneuter Vorstellungen bezüglich der Verteilung der deutschen Milliarden eintrifft, mit der Bemerkung, daß es falsch wäre, zu erwarten, daß das Ergebnis dieser Reise irgendwelche Abänderung der Pariser Vereinbarungen sein könnte. Der Daily Telegraph führt, offenbar auf Grund amtlicher Informationen, energisch den Nachweis, daß Frankreich ausreichend berücksichtigt und die Haltung Englands auch politisch unwiderlegbar sei. Diese Differenz nimmt allmählich einen beträchtlichen Umfang an, wobei Briand erneut seine bedrohte innerpolitische Stellung betont. Bemerkenswert ist, daß der italienische Finanzminister bereits in London anwesend ist, was Paris veranlaßt, ein englisch-italienisches Einvernehmen bezüglich der Pariser Abmachungen zu vermeiden.

Times berichten: Es ist wahrscheinlich, daß in London Vorbesprechungen für die Washingtoner Konferenz stattfinden werden.

•

## Pariser Alpdrücken

Paris, 9. September. Das weitere Sinken des Markkurses wirkt hier sehr beunruhigend. Die österreichische Krone ist schon soweit gesunken, daß Österreich keine Entschädigung mehr zahlen kann, sondern internationaler Unterstützung bedarf. Liberte befürchtet, daß Deutschland in Kürze ebenso dahin kommen wird. Horne wird vielleicht Doumer vorschlagen, das deutsche Steuerwesen zu revidieren. In Paris traut man sich hiergegen und sieht in der Besetzung des Ruhrgebiets das einzige Mittel, Deutschland zu zwingen, seine Verpflichtungen zu erfüllen.

•

Mit Bezug auf das Wiesbadener Abkommen schreibt der Manchester Guardian, niemand wisse, welches die Politik Frankreichs gegenüber den deutschen Reparationen in Wirklichkeit sei. Frankreich habe versucht, eine wirtschaftliche Entente mit Deutschland ganz außerhalb des Bereiches der Reparationen zu erzielen. Während jedoch Loucheur in Wiesbaden einen Oelzweig überbringe, schwinge Briand am Rhein das Schwert. Der springende Punkt sei der: Hat Frankreich die Absicht, den alliierten Reparationsplan über Bord zu werfen oder nicht?

•

## Dr. Mayer bei Briand

Paris, 9. September. Bei der gestrigen Unterredung zwischen dem deutschen Botschafter Dr. Mayer und Briand, die einen allgemeinen Charakter hatte, wurde, wie der Temps mitteilt, über die augenblickliche Lage in Deutschland gesprochen.

# Britische Antwort an Devalera

London, 9. September. Der Inhalt der britischen Antwort an Devalera ist nunmehr bekannt. England hat beschlossen, Vertreter des irischen Parlaments zum 20. September nach Inverneß einzuladen. Die britischen Vertreter für die irischen Angelegenheiten sind: Lloyd George, Lord Birkenhead, Lord Curzon, Chamberlain, Churchill, Sir Hewart, Greenwood, Evans, Short, Munro und Horne. Ueber dieses Angebot sagt der Daily Telegraph, daß das britische Ministerium eine neue Gelegenheit zu weiterer Aussprache haben wolle. Die Antwort bedeutet Devalera, daß englischerseits die Forderung gestellt wird, daß Irland auf die Forderung einer selbständigen Republik verzichtet und als Schwesternation in der englischen Staatengemeinschaft erscheint. Barton, der die Antwort an Devalera überbringt und Mitglied des Sinnfein-Kabinetts ist, äußerte sich sehr optimistisch über die Antwort und erklärte, er hoffe, daß nur Gutes daraus hervorgehen werde. Daily News sind der Ansicht, daß an Kriegsmaßnahmen erst im letzten Augenblick gedacht wird. Die Antwort bedeutet lediglich, daß der Notenwechsel aufhören und durch persönliche Besprechungen ersetzt werden soll.

# Der griechische Vormarsch aufgehalten?

Konstantinopel, 8. September. Berichte aus Angora besagen, daß ein Gegenangriff am 3. September den griechischen Vormarsch nach Angora zum Stehen gebracht hat.

Die auch von uns wiedergegebene Nachricht, daß Angora bereits in griechischem Besitz ist, wird von türkischer wie von griechischer Seite als unzutreffend bezeichnet.

# Deutsches Reich

## Kein neuer Putsch in Oberschlesien

Berlin, 8. September. In der heutigen Pressekonferenz sprach Dr. Lukaschek über Oberschlesien. Ein Putsch sei kaum zu erwarten, und werde auch von England nicht zugelassen werden. Die Meldung aus Ratibor, die aus privater Quelle zu stammen schien, ist mit großer Vorsicht aufzunehmen. In Anbetracht und Umgegend ist eine entschiedene Handlungen der Regierung auch der deutschen Seite hier festgestellt. Die wirtschaftliche Lage in Oberschlesien sei sehr schlimm. Der Redner sollte versuchen, zu erreichen, daß der Völkerbund die Lage an Ort und Stelle studieren möge. Zurzeit werde die Abwanderung der deutschgesinnten Flüchtlinge in die Wege geleitet. Es handle sich um 20-000 die ersten deutsche Flüchtlinge und 3000 polnische Flüchtlinge. Bonsiam und einzelne würden so die Deutschen in bestimmten Orte zurückgeführt, wo die Beruhigung gewährleistet sei. Eine neue Abstimmung sei unwahrscheinlich. Auch der Entente wünsche sie kaum.

## Streik auf Grube Erika

Auf Grund der am 1. September stattgefundenen Protestversammlungen, die im ganzen Reiche wegen Gewaltmaßnahmen der Reichsregierung stattgefunden haben, wurden auf Grube Erika bei Gelsenkirchen einer der besten Gruben sofort stillgelegt und abgeschlossen. Nur schon die Verhängung über die Verhaftung Martmann, die im Reiche verübt worden, sehr groß, so folgte viele erzreaktionäre Tat dem Satz den Boden aus. Die gesamte Belegschaft trat entschlossen in den Abwehrstreik. Als Antwort erklärte die Direktion die Aussperrung. — Arbeiter! Unterstützt den Kampf um die Arbeiterehre und haltet jeden Zuzug von Grube Erika fern!

Zeitungsverbot. (Sch.-Ang.) Der Innenminister des Innern hat am Donnerstag die Politische Arbeiterzeitung in Kassel, das Organ der Kommunistischen Partei für Hessen, Waldeck und Schaumburg, verboten.

Die Lage in Speyer. Die Vollzugsgewalt in Speyer hat der französische General de Metz übernommen, der sie dem französischen Gendarmeriechef übertragen hat. Zur Zeit finden Verhandlungen mit den Behörden und Arbeitern statt. In der Stadt herrscht noch ungeheure Aufregung.

# Aus aller Welt

## „Baron und Baronin v. Ketteler"

Ein heiliger Hochstapler, dessen Treiben seinerzeit viel Aufsehen erregt hatte, stand im Mittelpunkt eines umfangreichen Prozeßgegenstandes in Berlin. Es ist der Oberleutnant Gerhard Karl Wilhelm v. Ketteler, der sich wegen zahlreicher, gemeinschaftlich mit einer Frau Petra Gladek begangener Betrügereien vor dem Landgericht I zu verantworten hat. Der Angeklagte v. Ketteler hat eine sehr bewegte Vergangenheit hinter sich, er ist der Sohn eines anderen Abenteurers. Als Sohn eines Generalleutnants geboren, kam er auf die Kadettenanstalt, wurde Offizier und heiratete dann die Tochter eines vermögenden Gutsbesitzers, der Mitglied des holländischen Kriegsministeriums ist. Als Husarenoffizier trat er in aus, bis er bald das Tagesgespräch bildete. Im kurzer Zeit hatte er 50 000 M. Schulden gemacht, und eines Tages war er nach Amerika verschwunden, Frau und Kind im Stiche lassend. In Amerika arbeitete er sich langsam hoch und wurde schließlich bei einer Lederfabrik in Buffalo beschäftigt, wo er 240 Dollar in der Woche verdiente. Als seine Frau dort eines Tages erschien, nahm er ihr sämtliche Habseligkeiten ab und schickte sie mit der Behauptung nach Europa zurück, sie habe sich mit einem Kolonialoffizier eingelassen. Diese Ehe wurde später geschieden. Bei Kriegsbeginn wurde v. Ketteler infolge eines Immediatgesuches als Offizier reaktiviert, erhielt eine leichte Verwundung und wurde als Oberleutnant verabschiedet. Bald darauf suchte er in der Uniform eines Fliegerhauptmanns mit dem Eisernen Kreuz auf, obwohl, wie der Vorsitzende feststellte, er nach Kriegsbeginn der Militärakten nie zum Hauptmann befördert worden war und auch nie das Eiserne Kreuz erhalten hatte. Von nun an ging die Lebensbahn des Angeklagten immer mehr abwärts. Zahlungsbefehle, Klagen und Verurteilungen wegen Forderungen von Kellnern, Hotelwirten von 980 M. bis hinauf zu vielen Tausenden häuften sich, und v. Ketteler mußte in einem Jahr viermal den Offenbarungseid leisten. Im Jahre 1917 lernte er die Mitangeklagte Gladek kennen, die ebenfalls schon eine ziemlich bewegte Vergangenheit hinter sich hat. Es wurde einfach jeder angeboren, der mit „Herrn Baron und Frau Baronin v. Ketteler" irgendwie in Berührung kam. Die Forderungen der gepreßten Geschäftsleute und der übrigen Gläubiger gehen in die Hunderttausende.

## Opfer eines Unwetters im Glocknergebiet

Wie berichtet wurde, sind im Glocknergebiet der Wiener Kriminalinspektor Viktor Max und seine Frau erfroren. Nun wird bekannt, daß noch ein dritter Tourist mit dem Ehepaar den Tod fand. Max und seine Frau, die auf einer Urlaubsreise begriffen waren, hatten den Aufstieg auf den Großglockner Dienstag den 30. August mit dem Professor der Philosophie Dr. Brach aus Düsseldorf, den sie zufällig kennen lernten, unternommen. Sie waren touristisch gut ausgerüstet und gut geschult und hatten die Partie bei schönem Wetter begonnen. Auf dem Wege trafen sie vormittags einige auf dem Abstieg begriffenen Touristen, die sie davor warnten, die Ersteigung fortzusetzen, weil ein Witterungsumschlag zu befürchten sei. Die drei Touristen befolgten aber den Rat nicht. Schon nachmittags wurden die drei Touristen im Gebiet der Glocknerin zwischen dieser und dem Drei[illegible]kopf in ungefähr dreitausendfünfhundert Meter Höhe von einem Unwetter mit Schneesturm überrascht. Touristen, die am folgenden Tage als das Unwetter gewichen war, gleichfalls einen Aufstieg auf den Großglockner unternahmen, fanden das Ehepaar Max und Professor Dr. Brach in einer Mulde halb eingeschneit nebeneinander liegend erfroren auf. Am 1. September wurde unter Führung des Gendarmeriepostens Fusch eine Bergungsexpedition nach der Unfallstelle entsendet. Sie brachte die Erfrorenen mühselig zu Tale. Die Leichen wurden stellenweise getragen, an schwierigen Stellen abgeseilt und auf dem die Höhen bedeckenden Schnee im Schlitten zu Tale befördert. Sie wurden auf dem Friedhof zu Fusch aufgebahrt, und Sonntag wurde unter großer Teilnahme der Bevölkerung und vieler Touristen das Ehepaar auf dem Ortsfriedhof begraben.

## Devisenkurse

Berlin, 9. September. (Amtlich.)

| | | 9. 9. Geld | 9. 9. Brief | 8. 9. Geld | 8. 9. Brief |
|---|---|---|---|---|---|
| Holland | 100 Gulden | 3031,95 | 3038,05 | 3050,60 | 3063,10 |
| Dänemark | 100 Kronen | 1688,30 | 1691,70 | 1743,25 | 1746,45 |
| Schweden | 100 Kronen | 2062,90 | 2067,10 | 2107,85 | 2107,15 |
| Norwegen | 100 Kronen | 1258,70 | 1261,30 | 1266,20 | 1268,80 |
| Helsingfors | 100 finn. Mark | 128,95 | 129,15 | 129,60 | 129,90 |
| Schweiz | 100 Frank | | | 1698,80 | 1701,70 |
| Wien (deutschösterr. abgest.) | 100 Kronen | 10,08 | 10,12 | 10,33 | 10,37 |
| Prag | 100 Kronen | 117,85 | 118,15 | 115,85 | 116,15 |
| Budapest | 100 Kronen | 22,07 | 22,13 | 22,37 | 22,43 |
| Bukarest | 100 Leien | | | 1288,70 | 1291,30 |
| Brüssel-Antwerpen | 100 Frank | 719,25 | 720,75 | 734,25 | 735,75 |
| Italien | 100 Lire | 418,55 | 419,45 | 432,05 | 432,95 |
| London | 1 Pfd. Sterl. | 557,10 | 557,90 | 962,10 | 962,40 |
| Neuyork | 1 Dollar | 95,90 | 96,10 | 97,15 | 97,35 |
| Paris | 100 Frank | | | 759,20 | 760,80 |
| Warschau | 100 poln. Mk. | 2,55 | | | |

## Wasserstände der Moldau, Iser, Eger und Elbe

| | Mehort | 7. | 8. |
|---|---|---|---|
| Moldau | Budweis | — 24 | — 26 |
| Moldau | Modran | — 84 | — 84 |
| Iser | Jungbunzlau | fehlt | fehlt |
| Eger | Laun | — 64 | — 58 |
| Elbe | Pardubitz | — 94 | — 98 |

| Mehort | 7. | 8. |
|---|---|---|
| Brandeis | — 58 | — 55 |
| Melnik | + 22 | + 22 |
| Leitmeritz | + 56 | + 49 |
| Aussig | — 79 | — 83 |
| Dresden | — 225 | — 220 |

Das zweite der Orgelkonzerte in historischer Folge (Kantor Karl Schäne) findet heute Freitag, abends 8 Uhr, in der Jakobikirche am Nettelbeckplatz statt. Einlaß frei gegen Entnahme eines Programms. Die Spielfolge enthält die Namen Händel, Joh. Seb. Bach, Kiebe.

Der Wettbewerb der Drucksachen der Werbeschau des Vereins der Plakatfreunde und des Bundes Deutscher Gebrauchsgraphiker ergab als beste Arbeiten für das Plakat die der Herren Ritsche, Gimpel, Roman, Födisch und Rosenstein; für den Katalogumschlag den Entwurf von Herrn Roman, für die Einladungs- und Einlaßkarte den Entwurf von Herrn Gimpel. Die ausgewählten Arbeiten sind in der Kunstgewerbebibliothek, Elisastraße 24, ausgestellt. Preisrichter waren unter Vorsitz von Herrn Professor Schumann die Herren Brehmer, Guhmann, Dr. Poech, Seigmann, Wiegnk, Förner.

## Kleine Mitteilungen

Die Wasserkräfte der Erde. Die verfügbaren Wasserkräfte der Welt werden nach einer Zusammenstellung in Siemens Mitteilungen auf 745 Millionen PS (Pferdekräfte) geschätzt. Davon entfallen auf Europa 65 Millionen, auf Asien 240, auf Afrika 100, auf Nordamerika ebenso viel, auf Südamerika 41 und auf Australien 30 Millionen. Wenn diese Zahlen auch keinen Anspruch auf volle Genauigkeit machen können, so bleiben doch noch riesige Energiemengen übrig, wenn man im Gegensatz dazu die bereits ausgenutzten Wasserkräfte betrachtet. Deutschland hatte von rund 1000 000 Millionen PS ausgenutzt, 41,3 Prozent der verfügbaren Wasserkräfte, Frankreich 1½ Millionen PS, d. h. 20 Prozent der verfügbaren Wasserkräfte, Großbritannien 0,8 Millionen, also 8 Prozent der Gesamtkraft, Italien mit 1,3 Millionen 26 Prozent, Schweden mit 1 Million 17,5 Prozent, Norwegen mit 1,5 Millionen 11,5 Prozent, die Schweiz mit 0,6 Millionen 24 Prozent, die Vereinigten Staaten mit 9,91 Millionen 13,2 Prozent. Nach dieser Tabelle sind die verfügbaren Wasserkräfte verhältnismäßig am besten in Deutschland ausgenutzt, dann folgen Italien und Frankreich. Im ganzen sind die Vereinigten Staaten und Kanada mit Wasserkräften versehen. Von den europäischen Ländern besitzen Norwegen und Rußland die größten Wasserkräfte, während Deutschland eines der ärmsten Länder in dieser Beziehung ist. Selbst wenn es gelingen sollte, die deutschen Wasserkräfte restlos für die Energieversorgung heranzuziehen, so würden dadurch doch nur 8 Prozent des Steinkohlenverbrauchs erspart werden.

Japanische Spende für die deutschen medizinischen Fakultäten. Das japanische Konsulat in Köln teilt mit, daß die medizinischen Fakultäten in Japan eine Summe von 450000 M. zur Verteilung unter die deutschen und österreichischen medizinischen Fakultäten gestiftet haben. Auf die Universität Köln entfallen aus dieser Stiftung 15000 M.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210909/3 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

# Herbstblumenschau Dresden 1921

**vom 10. bis 13. September**

im

## Städtischen Ausstellungspalast, Lennéstraße.

**Morgen:**

Eröffnung in Gegenwart der Regierungs- und Stadtbehörden.

**Eintritt 11 Uhr.**

Eintrittskarten an 5 Kassen im Ausstellungsgrundstück und in den bezeichneten Vorverkaufsstellen.

| | |
|---|---|
| Einmaliger Eintritt | 5.— M. |
| Kinder unter 14 Jahren | 3.— M. |
| Zehner-Hefte (nicht übertragbar) | 40.— M. |
| Dauerkarten (nicht übertragbar) | 15.— M. |

**Konzert** des **Philharmonischen Orchesters** von 4 bis 10 Uhr.

## Verkehr mit Kohle.

Der andauernde Rückgang der Kohlenzufuhr gibt Anlaß zu folgenden Bestimmungen, die auf Grund von § 28 der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 23. September 1920 über die Bewirtschaftung der Handelsmassen usw. erlassen werden:

§ 1. **Belieferung der Bezugsscheine.**

1. **Von Sonnabend den 10. September 1921** ist dort auf die weißen A- und grünen B-Bezugsscheine nur noch die auf den Monat **September** entfallende Menge Betriebskohle geliefert werden. Wo dies bereits geschehen ist, hat jede weitere Lieferung von Betriebskohle im September zu unterbleiben.

2. Die Heizkohle darf vom gleichen Tage an nur noch **Hütten- und Koskoks** geliefert werden. Die Lieferung von Stein- und Braunkohlen, Briketts und Preßsteinen als Heizkohle ist im September verboten.

§ 2. **Ausnahmebestimmungen.**

Die volle Lieferung von Betriebs- und Heizkohle jeder Art ist nach wie vor gestattet auf die Bezugsscheine der Behörden, Krankenanstalten, Schulen und Kriege, soweit die Händler dazu imstande sind. Das gleiche gilt von den Scheinen, auf denen die Bezugsvereinigungsgenehmigung ausdrücklich vermerkt ist.

§ 3. **Belieferung der Koksarten für Zentralheizungen und der Kohlenkarten.**

Die Koksarten für Heizungszentralheizungen, nach folgende Mengen der Kohlenkarten der 12. Reihe, sowie die Kartenkarten der 13. Reihe dürfen bis auf weiteres noch nicht geliefert werden.

§ 4.

Die Abgabe der auf Kohlenkarten beziehbaren Mengen an den Verbraucher darf **einmal** in dem einzelnen Händler nur insoweit gestattet, als er aus seinen Gewinnen und Beständen die übrigen Kleinerer Mengen **und seine Händlerkundschaft** laufend befriedigen kann.

§ 5. **Lieferungen in die benachbarten Amtshauptmannschaften und Straßenbestimmungen.**

Wegen der Lieferungen in die benachbarten Amtshauptmannschaften und einzelner Ausnahmebestimmungen gelten die §§ 4 und 5 der Ratsbekanntmachung vom 30. Juni 1921.

Dresden, den 8. September 1921.

**Der Rat zu Dresden.**

**Pirna.** Im Monat des Monats **August 1921** sind folgende Meldungen über Gewerbebetriebe erfolgt:

**1. Anmeldungen:** Gröbel, Anna Elisabeth Jed., und Gröbel, Rosa Helene Jed., Handel mit Leinen- und Baumwollwaren; Weigert, Wilhelm, Fertig- und Putzwarenhandel; Ziegler, Maria Jed., Damenschneiderei; Jak, Max Martin, Annahme von Tarifen für Reisemitteln, Bette, Kurt Oskar, Handel mit Öfen, Grünungen, Kalamitäten, Zigarren und Zigaretten; Schwarz, Maximilian, Handel mit Bergwerkzeug in verschlossenen Gefäßen; Hannemann, Oswald, Betrieb eines Kinematographen; Hinzerlich, Marx Wilhelmine verehel., Kurzwarenhandel; Demuth, Josef Otto, Annahme von Tarifen für Reisemitteln; Kanya, Ernst, Manufakturwarenhandel; Hamak, Willy, Annahme von Tarifen für Reisemitteln; Freisel, Martin verehel., Lastenhandel; Jaich, Max Otto, Handelsgewerbe; Freisel, Ida verehel., Obsthandel; Lamar, Erich, Annahme von Tarifen für Reisemitteln; Wünner, Hans verehel., Verkauf von alkoholfreien Getränken, Zigarren und Tabakwaren; Schiebold, Eugen, Annahme von Tarifen für Reisemitteln; Hofmann, Herb, Annahme von Tarifen für Reisemitteln; Hemminger, Friedrich Alfred, Annahme von Tarifen für Reisemitteln; Gieber, Friedrich Max, Maßschuh; Hermbart, Elisabeth verehel., Woll- und Strumpfwarenhandel; Clauß, Anna Maria verehel., Schuhmacherei; Wünner, Hugo Walter, Schneiderei. **2. Abmeldungen:** Grunzer, Otto, Bäcker; Bertrab verehel., Stahlmaschinen, Gummiwaren, Haarnetzhandel; Hermbart, Bertha Elisabeth verehel., Strumpfwarenhandel; Jak, Max Martin, Annahme von Tarifen für Reisemitteln; Tepper, Adalbert Hugo Hans, Schneiderei; Ahnert, Felix, Handel mit Briefmarken und den dazu gehörigen Bedarfsartikeln; Schiegel, Ernst Julius, Handel mit Kokosne Großeinkauf; Claus, Martin, Schuhmacherei und Schuhwarenhandel; Trache, Friedrich Erich, Obsthandel. [b 251]

Pirna, am 7. September 1921.

**Der Rat der Stadt Pirna.**

Freitag, früh von 7—8 Uhr, Verkauf verbilligten Rindfleisches 1 Pfund 7 Mark an die Inhaber der städtischen Freibankkarten Nr. 151—300 mit Wochenmarkt. [b 250]

Pirna, am 7. September 1921.

**Der Rat der Stadt Pirna.**

Die **Geflügelcholera** in dem Geflügelbestande des Rittergutes **Otto Scheinert**, Weißenborn, ist erloschen.

Pirna, am 8. September 1921.

[b 254] **Der Rat der Stadt Pirna.**

Geliefert werden Abschnitte 9—12 der Kokskarten. — Abschnitte 5—8 sind verfallen.

Pirna, am 8. September 1921.

[b 256] **Ortskohlenstelle.**

**Palast-PT-Theater**

Altenstraße 28

**? Don Pedros Masken ?**

Reinhold Schünzel - Max Landa

**6 Akte**

**In keiner Wohnung fehle die Volkszeitung!**

**SPD. 4. Unterbezirk**

**Bezirk I.** Sonntag, 11. Uhr, Zusammenkunft im Restaurant „Alte Post", Pieschen. Vortrag des Genossen Hans Weber: Alters- und Invalidenversicherung. [b 248]

**Gruppe Arnsdorf.** Sonnabend den 10. September, 8 Uhr, im Waltherschen Gasthof Gruppenversammlung mit Frauen. Vortrag des Genossen Walter Bauer über: Die politische Lage. Genossen aller Ortsgruppen mit Frauen willkommen.

**S.P.D., Gruppe Löbtau**

Dienstag den 13. Sept., abends 7½ Uhr im Bürgersaal, Löbtauer Straße

**Mitglieder-Versammlung.**

Tagesordnung:

1. Die Entwicklungstendenz der Genossenschaftsbewegung in der Gegenwart. Referent: Genossenschaftssekretär Genosse Wolfart.
2. Bericht aus dem Kreisvorstand.
3. Allgemeines. [b 423]

Die Genossinnen und Genossen werden ersucht, zahlreich in der Versammlung zu erscheinen.

Der Vorstand.

**Kartonnagenfachmann**

der mit dem Tarifwesen genau vertraut ist, für unsere Lohnbuchhalterei sofort gesucht.

Angebote erbitten [b 261]

**Krey & Sommerlad, Niederseidlitz.**

Erfahrener und energischer

**Kartonnagen-Meister**

für Zigaretten-Kartons sofort gesucht. Es kommt nur eine erste Kraft in Frage.

Angebote erbitten [b 262]

**Krey & Sommerlad, Niederseidlitz.**

Gebte

**Stürzgießer**

für Bleiguß sofort gesucht. Walther Geißler, Bernsdorfer Str. 40 [b 251]

**Buchhalter(in)**

werden [b 253]

**bilanzsicher! ! !**

Prakt. Anfänger in und Damen, auch ältere, Briefl. Unterricht, kein Briefkursverfahren.

Bischofswerdaer Gesellsch. Abt. Doehner & Co., Strehlener Straße 26, Ecke Bergmann Str. 26

**Maurer**

bei **8.50 M.** Stundenlohn sof. gel. Meldung a. b. Polier in Aarbergen. [b 255]

**Stenotypistin**

f. Abt. Anwaltskanzlei f. 1. Oktbr. gesucht. [b 252] Off. u. P. 16, G. a. d. Exp. d. Bl.

**Versteigerung.** Morgen Sonnabend, den 10. Septbr., sollen, von 3 Uhr an, gelagert in **Kollerau**, Bezirk Meißen, Wurzelhof 12, meistbietend gegen sofortige Bezahlung versteigert werden: 3 Kommoden, 1 Schreibsekretär, 2 Schränke, 2 Tische, 6 Stühle, 2 Liegestühle, 3 Spiegel, 1 Wanduhr, 1 Nähmaschine, 1 Fahrrad, 1 Gewehr und leichter Kasten. Besichtigung vorher von 1—3 Uhr. **Richard Hanitzsch**, gerichtl. Vorsteigerer und Schätzer, Meißen, Rennplatzstraße Nr. 61. [b 247]

**Schuhwaren**

**Marke Pelikan**

**Marke Panther** [b 132]

**erstklassige Fabrikate, rassige Formen zu niedrigst kalkulierten Preisen.**

**Oertmann's Schuhhäuser**

Johnstr. 5 * am Wettiner Bahnhof.
Alaunstr. 11 * am Albertplatz.
Freibergerstr. 122 * am Cospiplatz

**45 Edelmetall-Einkaufszentrale 45**

an

**Gold-, Silber-, Gebisse, Platin-**

Sachen kauft stets zu Kreuzer Str. 15 **Beyer.**

Weiter Abt. f. Brillant u. Schmuck. Bis 1 Uhr.

**Häute u. Felle!**

Einkauf von Ziegen-, Hasen-, Kanin- und allen andern Fellen. [b 6]

**Julius Arnold, Potschappel**

Thalmühler Straße 24 — Tel. 77.

Große Sächsische Landeslotterie-Geldlotterie

Hauptvertrieb: Landesdirektion für Sachen Dresden, Königsbrücker Str. 6

Ziehung 19.—20. Sept. 1921.

Höchstgewinne im günstigsten Falle

**125 000**

Prämie: 75 000
Haupt-gewinne: 50 000
20 000
10 000
5 000 usw.

kleinster Gewinn 10 M

Loos à 5.— M.

Postgeld u. Liste 1 [illegible] bei den [illegible] und den dazu Pokale [illegible]

**Wein in Korb**

Flaschen oder ausgemessen nach Liter vom Faß. Beste und gute leichte billige Sorten. [b 6]

Wohlbekömmlich.

**C. Spielhagen**

Weingroßhandlung

Hauptgeschäft: Annenstr. 9

Filiale: Bautzner Str. 3

Wiederverkäufer Rabatt

Elegante **Sakko-Anzüge** billigst [b 6]

**Carl Meyer**

Dresden-N.

Hauptstraße.

**Anzüge**

gute Qualität, am Teilzahlung bei

**Wagner & Co.**

Schäferstraße 3, I. [b 250]

**Kohrnessel**

90 cm breit beste griffig Ware

Meter **11.00**

Gebr. Kohl & Co.

Freiberger Platz 2a, 4

Liefere auch nach auswärts

**Anzüge**

Paletots, Mäntel, Kostüme, Mantelkleider, Vorhänge, Decken, Gardinen, Bett- und Leibwäsche, Möbel, Kochen

Teilzahlung

Frauenstraße 8, I. neben Kaufhaus Lange

Morgen Sonnabend

**Eröffnung**

Weindiele — Original Ungarische Kapelle
Bierstuben — Original-Schrammel-Kapelle

Die fidelen Biedermeier:
Menzel und Scheidler

Reichhaltige Speisenkarte
„ Gutgepflegte Biere „
Qualitäts-Weine

**U.T Licht-Spiele**

**Der Schwur des Peter Hergatz**

Der grosse **Janningsfilm**
5 Akte von **Mila Rau**

Hauptdarsteller:

**Emil Jannings, Stella Harf u. Mila de la Chapelle**

Sonn- und wochentags: 4, 6¼ und 8¼ Uhr.

**Pelz-Waren**

**Carl Breier**

Wettinerstr. 38

I. Stock

**Kaffeehaus :: Blesch ::**

*Heitere Künstlerabende*

*Monat September:*
ROBERT NEUMANN, Komiker
J. BENAVOS, Talent-Hellsehen-Virtuosen
HANS GEORG, Barbiroit
VERA SANGERSEN, Kabarettsängerin
BELL HAVANA, moderne Kompositionen Vortragskünstlerin. [b 30]

Täglich nachm. und abends **Künstlerkonzert** der Hauskapelle Georg Heinze.

**Tymians Thalia-Theater**

Ein Winter-Tymian. Erkoma Possen-Gesang: **„Konzernfieber"** Ferner: **Herrliche lebende Lieder!**

Tel. 14390 Anfang 7½ Uhr Tel. 14390

Vorverk. im T. T. T. 10-2 u. ab 6 Uhr.

**Zoo Dresden**

John Hagenbeck's

**38 dressierte Löwen 38**

und **Afrikanisches Dorf.**

Eintritt: Erwachsene 3 M., Kinder 1.50 M. Vorstellungen um 4 u. 6 Uhr nachm. Tribünenplätze: Erw. 1 M., Kinder 1 M. Vormittags: Filmaufnahmen. Täglich außer Freitags, v. nachm. 4 Uhr an: **Philharmon. Orchester.**

**Leutewitzer Wind-Mühle**

Heute Freitag letztes **Gartenkonzert.**

Es erfolgt nunmehr jeden Freitag in den unteren Räumen **Tanzkränzchen.**

Anfang 6 Uhr.

Hierzu laden freundl. ein Hr. Hermann und Frau, verehrl. [b 305]

**Flora-Theater**

Nur noch ganz kurze Zeit täglich

Oscar Junghähnels humor. Sänger und Schauspieler.

Zum Schluß:

**Geheimnisse der Ehe** oder **die kuriose Brautwerbung.** — Vorverkauf: Kr. Postplatz. Alle Vorzugskarten wochentags gültig.

**Neues Lichtspielhaus**

**Königsbrücker Straße 37**

Heute bis Montag:

**Asta Nielsen**

in dem sechsaktigen Drama

**Irrende Seelen**

(Sklaven der Sinne).

Vorführungszeiten: 6¼ und 8¼ Uhr. Sonntag ab 4 Uhr. [b 284a]

**Palast-Konditorei Café Schröder**

Postplatz Postplatz

**Die neueröffnete, 100 Personen fassende, herrliche**

**Sommer-Terrasse**

bietet einen wirklich angenehmen Aufenthalt.

Das Lokal ist täglich von früh 8 Uhr an geöffnet.

Große Auswahl in Kaffee-, Tee-, Wein- und Dessert-Gebäck, Frucht- und Sahne-Eis, Eisspeisen und Getränken in bekannter einwandfreier Güte.

Jeden Tag von 4 Uhr an **Konzert** Sonn- u. Feiertags Frühkonzert.

Von 9 Uhr früh an

Hühnerfleischbrühe mit Pasteten

**Gardinen**

Stores aller Art empf. in reichster Auswahl zu noch sehr billigen Preisen das

**Gard.-Fabr.-Lager v. Osk. Doß** aus Auerbach i. V.

**Christianstr. 10, Eg.** Prägerstr. **kein Laden.**

**Reichshallen**

Jeden Sonnabend: [b 130]

**Grosser öffentlicher Wohltätigkeits-Ball.**

Anfang 8½ Uhr. — Eintritt inkl. Steuer 1 M.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210909/4 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

# Richtlinien der christlichen Gewerkschaften

## Für die Demokratie und die Erfassung der Goldwerte

In Berlin tagte am 4. und 5. September der große Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes, umfassend den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften, den Gesamtverband deutscher Angestelltengewerkschaften und den Gesamtverband deutscher Beamten- und Staatsangestelltengewerkschaften. Es wurden auf dieser Tagung Richtlinien angenommen, in denen sich die christlichen Gewerkschaften entschieden auf den Boden der Demokratie stellen. Es wird dort gesagt:

**Das ernste und allen Deutschen gemeinsame Ziel, der Wiederaufbau des Vaterlandes und die Wiederherstellung seiner nationalen Unabhängigkeit, muß in diesem Kampfe der Leidenschaften ohne den Augen verloren zu gehen. Dieses Ziel kann nur erreicht werden, wenn das deutsche Volk sich einmütig auf den Boden der demokratischen Staatsverfassung stellt und sie vor allen gewaltsamen Bedrohungen schützt.**

Ueber die finanzpolitischen Forderungen der christlichen Gewerkschaften wird gesagt:

### Forderungen zur Finanzpolitik

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat sich eingehend mit der erdrückend schweren Finanzlage des Reiches befaßt; die sich aus der Erfüllung des Versailler Vertrages und jener kommenden Ultimatums ergebenden Verpflichtungen legen jedem deutschen Deutschen eine unerhörte Last an Entbehrungen und Opfern auf. Diese muß unter Aufbietung aller wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes die Erfüllung entgegengenommener Verpflichtungen versucht werden.

Es ist Tatsache, daß unter es beobachtende verschwendende Aufwand und Verbrauch von Luxusartikeln insbesondere ausländischer Herkunft infolge bestimmter Kreise bewirkt eine unerträgliche Belastung in der steuerlichen Erfassung der einzelnen Volksschichten.

Der Forderung des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwartet daher von der Reichsregierung, daß sie vor einem **Eingriff in die Substanz der großen Vermögen** nicht zurückschrecken wird, soweit durch diesen Eingriff nicht das für die Aufrechterhaltung der Produktion unentbehrliche Betriebskapital vernichtet wird.

Dieser unerläßliche steuerliche Eingriff in die Substanz der Wirtschaft hat in einer Form zu erfolgen, die dem deutschen Volk die letzte Verfügungsgewalt über seine Produktionsmittel erhält und die deutsche Arbeit nicht in unerträgliche und erstickende Abhängigkeit vom Ausland geraten läßt.

Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes erwartet von der Reichsregierung rücksichtslose Erfassung der Kriegsgewinne, die sich ebenfalls der steuerlichen Erfassung entziehen. Das bisherige Steueraufkommen läßt erkennen, daß in bestimmten Teilen Deutschlands die Landwirtschaft den gerechterweise auf sie entfallenden Teil der allgemeinen Belastungen nicht getragen hat. Der Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes wendet sich entschieden gegen die in manchen Bezirken in landlichen Gegenden zu beobachtende Steuerfahnenflucht. Diese ist geeignet, den inneren Frieden unseres Volkes auf das Ernstlichste zu gefährden.

Der Ausschuß verlangt mit allem Nachdruck, daß die durch die Steigerung der Lebensmittelpreise sich ergebende Wertsteigerung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes unter Anpassung an die besonderen Produktionsverhältnisse der Landwirtschaft und unter gleichzeitiger Inanspruchnahme der Neuordnung des Hypotheken- und Bodenrechts voll erfaßt wird.

Das finanzpolitische Programm der christlichen Gewerkschaften stimmt also im Prinzip mit den von der Sozialdemokratie erhobenen Forderung nach Erfassung der Goldwerte überein. Man kann nur wünschen, daß sich der Einfluß der Sozialdemokratie auf die ihr nahestehenden Parteien, vor allem auf das Zentrum, sich als stark genug erweist, damit die Sozialdemokratie bei ihrem Kampf für die Erfassung der Goldwerte die nötige Unterstützung findet.

# Sächsische Angelegenheiten

## Beihilfen für Kleinrentner

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt mit: Ueber die Verteilung der durch den Landtag beschlossenen Beihilfe von 5 Millionen Mark für notleidende Kleinrentner hat das Ministerium des Innern durch Verordnung vom 31. August d. Jahres nähere Bestimmungen getroffen. Aus dem bewilligten Betrag konnten nur die Fälle dringendster Not berücksichtigt werden. Es machten sich deshalb stark einschneidende Bestimmungen notwendig, um den einzelnen einen nennenswerten Betrag gewähren zu können. Aus dem Inhalte der Verordnung ist als wesentlich hervorzuheben:

„Als obere Einkommensgrenze für die Bewilligung wurden 2500 M., bei Ehepaaren 1000 M., als untere Altersgrenze, abgesehen von völliger Erwerbsunfähigkeit, 60 Jahre (bei alleinstehenden Frauen 50 Jahre) festgesetzt worden. Auch können nur solche Antragsteller berücksichtigt werden, die nicht von anderer Seite bereits Unterstützung erhalten. Die Anträge sind bei den Gemeindebehörden unter Benutzung des vorgeschriebenen Fragebogens bis spätestens 21. September dieses Jahres einzureichen. Spätere Anträge können nicht berücksichtigt werden.“

Der dem Landtage zugegangene Gesetzentwurf über die Linderung der Not der Kleinrentner hebt die Errichtung einer Altersrentenbank mit Sitzungen unter Staatsaufsicht vor. Die Tarifsätze betragen bei Männern nach Vollendung des 60. Lebensjahres 9,12 Prozent, bei Frauen 7,60 Prozent, nach Vollendung des 70. Lebensjahres bei Männern 12,30 Prozent, bei Frauen 11,41 Prozent des einmaligen Kapitals. Jede Einzahlung hat mindestens 1000 Mark zu betragen. Die Höhe der Rente für eine Person darf 10000 M. das gesamte steuerbare Einkommen des Kleinrentners einschließlich der Rente 11000 M. nicht übersteigen.

## Die Vorgänge in Chemnitz

In der Chemnitzer Volksstimme lesen wir unter der Überschrift Eine amtliche Kundgebung: Ueber eine Bearbeitung der Funktionäre der sozialistischen Partei, an der zum Teil auch Minister Buck teilnahm, berichtet der zum Teil auch Minister Buck teilnahm, berichtet der Kämpfer. Zeitweise die Anwesenheit Bucks in Betracht kommt, hatte die ganze Unterhaltung nur informatorischen Charakter. Die Kommunisten benutzten die Gelegenheit, um an den Ministerpräsidenten einige Fragen zu stellen, von deren Beantwortung die Kommunisten ihr Vertrauen gegenüber der Regierung abhängig machten. Die Antworten gegenüber unerfüllbaren Forderungen fielen so aus, wie es nicht anders zu erwarten war. Uebrigens, daß Buck gekommen ist, um „einen Druck auf seine radikalen Genossen auszuüben“, ist eine mutige Kombination des Kämpfers, wie so manches andre auch.

Am Mittwoch wurde unter großer Beteiligung der gesamten Chemnitzer Arbeiterschaft der bei den Demonstrationen am 2. September erschossene Bauarbeiter Garais zu Grabe getragen. Viele rote Fahnen und viele Kranz- und Palmengewinde wurden zu dem Zuge getragen. Am Grabe hielt der Stadtverordnete Hackert eine Gedächtnisrede; nach ihm sprachen noch andre Redner.

Bei den Demonstrationen gegen den nationalistisch-monarchistischen Sedantrittermummel hatte die Menge im Uebereifer auch die Eingebung der anläßlich des Geburtstages der Königin von Holland auf dem holländischen Konsulat gehißten holländischen Fahne erwirkt, die irrtümlicherweise von mehreren Demonstranten mit der ehemaligen Kaiserflagge verwechselt worden war. Dieses Verbrechen will der ehemalige holländische Minister Rink noch einer Meldung der Telegraphen-Union zum Gegenstand einer Interpellation in der holländischen Kammer machen. Die prompte Abtretung des Sachverhalts durch die sächsische Regierung hätte jedenfalls dazu beitragen, etwa vorhandene erregte Gemüter in Holland zu beruhigen.

## Gegen den Mißbrauch staatlicher Räume

Der sächsische Wirtschaftsminister Fellisch erließ folgende Verordnung:

„Die Ueberlassung von Räumen der dem Wirtschaftsministerium unterstellten Behörden und Anstalten darf von deren Vorständen und Leitern erst dann zur Abhaltung von Versammlungen, Sitzungen, Vorträgen oder dergleichen gewährt werden, wenn sie nach sorgfältiger Prüfung sich Gewißheit darüber verschafft haben, daß dabei keinerlei Handlungen begangen werden oder Aeußerungen fallen, die sich gegen die republikanische Staatsordnung richten oder die Verfassung zu verletzen und verächtlich zu machen geeignet sind. Die Vorstände und Leiter der dem Wirtschaftsministerium unterstehenden Behörden und Anstalten werden für die genaue Durchführung dieser Anordnung noch besonders persönlich verantwortlich gemacht.“

Inzwischen ist diese Verordnung auch auf die übrigen Regierungsressorts ausgedehnt worden. Es ist erfreulich, daß die sächsischen Minister energisch der Reaktion auf den Leib rücken.

## Schlupfwinkel der Reaktion

Bekanntlich wurden während der Unruhen in Oberschlesien Haussuchungen in den Geschäftsräumen der Deutschnationalen Volkspartei und der damals noch bestehenden Organisation Escherich auf Anordnung des Ministers Lipinski vorgenommen und das bei Beschlagnahme Material der Staatsanwaltschaft zugeführt. Diese eröffnete eine Untersuchung gegen die beiden Organisationen mit dem Ergebnis, daß das Verfahren eingestellt werden mußte. Jetzt hat der neue Justizminister Dr. Zeigner den Oberstaatsanwalt angewiesen, noch einmal ein Verfahren gegen die beiden obengenannten Verbände aufzunehmen. — Wir begrüßen das energische Vorgehen des neuen Justizministers, die Schlupfwinkel der Reaktion trotz der passiven Resistenz der Justizbeamten doch noch auszuräuchern.

## Eingestelltes Verfahren

Die Burgstädter Bahngeleisaffäre, die seinerzeit durch die sächsische Presse ging, war zu einer staatsanwaltschaftlichen Untersuchung gegen den Bürgermeister von Burgstädt, Dr. Roth, geführt, die nunmehr abgeschlossen ist und mit der Einstellung des Verfahrens geendet hat. In der eingehenden Begründung des Einstellungsbeschlusses ist festgestellt worden, daß die Beschuldigungen des Gaskassierers Franke völlig unbegründet sind und daß Bürgermeister Dr. Roth keinerlei Ordnungswidrigkeit, geschweige denn eine strafbare Handlung zur Last gelegt werden kann.

## Revolte im Zuchthaus

Waldheim. Am Dienstag nachmittag zwischen 1 und 2 Uhr versuchten im hiesigen Männerzuchthause einige Sträflinge zu entkommen. Aus einer Abteilung wurden die Aufsichtsbeamten trotz energischer Gegenwehr von einer Anzahl Gefangener, die Bewegung hatten, geknebelt, niedergeworfen und der Schlüssel geraubt. Von dieser Abteilung aus drang sodann eine Anzahl Sträflinge in andre Abteilungen vor, so daß die Gefahr eines allgemeinen Ausbruches bestand. Dieser wurde jedoch durch das Eingreifen der Anstaltsdirektion und einer Abteilung der hier stationierten Gendarmerie vereitelt. Entflohen ist niemand. Die Rädelsführer sind festgestellt worden. Auch mußte von der Schußwaffe Gebrauch gemacht werden. Mehrere Sträflinge wurden verwundet. Die Ruhe ist vollkommen wiederhergestellt.

## Havarie eines Personendampfers

Tetschen. Die Passagiere des Dampfers Riesa, die Sonntag abend von Herrnskretschen nach Bodenbach zu fahren beabsichtigten, erlebten eine unangenehme Fahrt. Der um 7 Uhr fällige Dampfer kam mit einer ziemlichen Verspätung an und versuchte nach Aufnahme von noch etwa 700 Personen die Fahrt fortzusetzen. Infolge des niedrigen Wasserstandes aber kam man oft auf den Grund, wobei als erschwerender Umstand auch ein Bruch an den Schaufelrädern eintrat, der wiederholte Reparaturen während der Fahrt nötig machte. Schließlich war man genötigt, die Passagiere vor Niedergrund ans Land zu bringen.

---

a. L. Ebersbach. Ein dreister Diebstahl wurde am Mittwoch nachmittag bei dem Hausbesitzer Dreßler auf dem Hempel verübt. Der Dieb hatte an der hinteren Seite des Hauses eine Kellerfenstertür eingedrückt und sich somit Eingang verschafft. Aus der verschlossenen Kommode wurden über 2000 M. entwendet. Die Brieftasche hat der Dieb liegen gelassen. Die Dreßlerischen Eheleute gehen beide in die Fabrik, so daß niemand was von dem Vorgange gemerkt hat.

---

**Kleine Nachrichten aus dem Lande.** Während der Leipziger Herbstmustermesse vom 26. August bis 3. September sind 46080 Reichsdeutsche und 6005 Ausländer polizeilich angemeldet worden. Unter letzteren befanden sich 247 Amerikaner, 166 Belgier, 343 Engländer, 88 Franzosen, 157 Italiener, 100 Rumänen, 88 Russen, 27 Japaner, 15 Aegypter, 5 Afrikaner, 8 Australier, 47 Bulgaren, 5 Chinesen, 386 Dänen, 48 Griechen, 1082 Holländer, 6 Indier, 128 Norweger, 707 Oesterreicher, 9 Perser, 128 Polen, 28 Portugiesen, 484 Schweden, 468 Schweizer, 96 Spanier, 1282 Tschecho-Slowaken, 48 Türken, 35 Ukrainer und 152 Ungarn. — In Glauchau wurde als Nachfolger des zwangspensionierten Bürgermeisters Brink in der am Mittwoch abgehaltenen gemeinsamen Sitzung der städtischen Kollegien der bisherige stellvertretende Bürgermeister Stadtrat Dr. Schiffer mit 38 von 39 abgegebenen Stimmen (ein Zettel war unbeschrieben) zum Bürgermeister gewählt. — Schwindler erschienen bei dem Gutsbesitzer Löfert in Unkersdorf und stellten sich als Kommissare vom Finanzamt dar, als Beamte der Staatsanwaltschaft vor mit dem Auftrage, nach Gold und Silber nachzusuchen. Sie „beschlagnahmten“ zweihundert Mark in Silber und ließen in einem unbeobachteten Augenblick 45000 M. in Papier verschwinden. Alle Nachforschungen der Polizei nach den gerissenen Schwindlern waren bisher erfolglos. — Auf der Langenburger Straße in Hohenstein-Ernstthal wurde der Landwirt Otto aus Gersdorf bewußtlos aufgefunden. Er mußte in seine Wohnung gefahren werden. An seinem Aufkommen wird gezweifelt. Vermutlich ist er einem Fahrradunfall zum Opfer gefallen.

---

106

# König Kohle

Roman aus der amerikanischen Bergarbeiterbewegung

Von Upton Sinclair

Da war zum Beispiel Mink: er hatte eine Frau und vier Kinder und besaß keinen einzigen Dollar. In dem Jahre, da er treu und fleißig geschafft, um Peter Harrigans Geld aus der Grube zu holen, war es ihm nicht gelungen, eine Rechnung in des alten Peters Warenhaus zu begleichen. Sein ganzes Hab und Gut fand in einem einzigen Bündel Platz und selbst dieses wird er nur wiedersehen, wenn es den Herren des Bergbauunternehmens und der Polizisten so gut dünkt. Kaum wird sich mit einem von der Gewerkschaft bezahlten Fahrschein auf die Wanderung begeben. Vielleicht findet er Arbeit, vielleicht auch nicht, in allen Fällen hat er nichts Besseres zu erhoffen, als neuerliche Arbeit für einen andern Herrnhan, neuerliche Schulden in einem andern Warenhaus.

In der gleichen Lage befanden sich Hohenrich, ein Zecke, Bernardes, ein Mexikaner, nur daß der eine vier und der andre sechs Kinder hatte. Billy Wauchope hatte bloß eine Frau, die Babys waren — „Gott sei Dank“, sagte er — gestorben. Jim Monlons Worte schienen ihm wenig Eindruck gemacht zu haben: er ist entlassen, wird sich auf den Weg machen, westwärts strebend, zurück in die alte Heimat. Das nannte sich ein freies Land! Bei Gott, wollte er zu Hause erzählen, was ihm widerfahren, kein englischer Bergmann würde ihm Glauben schenken!

Hal gab den Leuten seinen wahren Namen und seine Adresse an, sie mußten versprechen, von sich hören zu lassen. Er werde ihnen ein wenig helfen, sagte er, und überlegte, ob er wohl für sie tun sollte. Was muß ein Mann den Hungernden geben, damit er selbst wieder seine Mahlzeiten in vornehmen Klub genießen kann? Welcher Kaufmann vermag das Problem auszuarbeiten — ihm zu sagen, in welchem Umfang er dem ihm persönlich bekannten Elend abhelfen muß — dem Elend, das er auf der Straße sieht, dem Elend, das er erkennt, wenn er die Regierungsberichte über die Erhöhung der Nahrungsmittelpreise liest? Wie weit ist es ihm gestattet, das Lesen jener Regierungsberichte an jenen Abenden zu vermeiden, an denen er mit seiner Braut zu einem Diner oder einem Ball geht? Derlei Probleme haben die Meister höherer Mathematik zu lösen unterlassen, auch die weisen Akademiker und die heiligen Männer der Kirche haben darüber keine Formel aufgestellt, und Hal, der sie durch eine einfache geistige Arithmetik zu lösen versuchte, fand sein Resultat äußerst unbefriedigend.

*

Hal wollte gerne mit Mary Burke reden: sie hatten, seit der Begegnung mit Jessie Arthur, kein einziges vertrauliches Gespräch miteinander gehabt, und nun ging er auf lange Zeit fort. Er mußte etwas über Marys Zukunftspläne erfahren. Er — was noch wichtiger war — etwas über ihre Geistesverfassung. War es ihm gelungen, das Mädchen der Verzweiflung zu entreißen, so brauchte er seinen Sommerkurs in praktischer Soziologie nicht als völligen Mißerfolg anzusehen.

Er schlug ihr vor, mit ihm zu Kate Edman zu gehen, den er seit dem unzeremoniellen Aufbruch in Moe stellvertretend, da er zu Peter Harrigan gerufen war, nicht mehr gesehen hatte. In der Halle teilte er dem Bruder sein Vorhaben mit; dieser erhob keinen Einspruch, bemerkte bloß, daß er nachkommen werde, falls Hal nichts dagegen hätte. Es lag Edward nichts daran, die Bekanntschaft der frischen Johanna von Orleans zu machen; er sollte in einem gewissen Abstand, um Hals Geleitschaft mit dem Mädchen nicht zu stören; in seinem Falle wollte er aber etwas unterlassen, was des Bruders Zuversicht stören konnte.

So gingen sie zur Mordschen aus. Bereits kamen Mary und Hal, dann Edward, und hinter diesem sein Tischgefährte, der „Warenverteilende“.

Hal war ein wenig verlegen, fand nicht gleich die rechten Abschiedsworte. Er ahnte nicht, was Mary zum gegenüber empfinden könne, und gab sich selbst mit leisem Schuldbewußtsein zu, daß er Angst hatte, es zu erfahren. Es schien ihm fein zu, daß er Angst hatte, es zu erfahren. Es schien ihm am klügsten, heiter zu sein, und er begann damit, ihr Verhalten während des Streiks zu loben. Doch gab sie darauf keine Antwort, und er merkte, daß sie eigenen Gedanken nachhinge.

„Ich muß Ihnen etwas sagen“ — bemerkte sie plötzlich. — „Vor einigen Tagen wußte ich auch, wie es zu sagen, nun aber kann ich es nicht.“

Er lachte. „Sagen Sie es, wie Sie es damals gewollt.“

„Nein, damals war ich voller Bitterkeit gegen Sie, heute aber liege ich auf den Knien.“

„Nicht, daß Sie bitter gegen mich sein sollen.“ — Hal lachte noch immer — „aber wenn jemand auf den Knien liegen muß, so bin ich es. Ich habe ja nichts geleistet.“

„Sie haben getan, was Sie konnten — mehr als wir alle. Sie sollen wissen, daß ich es nie vergessen werde. Aber Sie müssen auch das andre hören.“

Sie schritt weiter, vor sich hinstarrend, krampfte erregt die Hände zusammen. „Nun?“ — fragte er, noch immer bemüht, einen heiteren Ton anzuschlagen.

„Erinnern Sie sich an den Tag nach der Explosion? Erinnern Sie sich, was ich damals sagte, über . . . über . . . daß ich mit James fortgehen will? Ich nehme es zurück.“

„O, reizend!“ — warf er heiter ein. — „Sie waren ganz verwirrt damals, Mary — wußten nicht, was Sie sprachen.“

„Nein, nein! Das ist es nicht. Ich habe es mir anders überlegt, will mich nicht toegewerfen.“

„Ich sagte Ihnen, Sie würden einsehen, daß kein Mann das wert sei.“

„Ah, Junge“ — sagte sie — „Sie können schön sprechen; doch ist mir lieber, wenn Sie die Wahrheit wissen. Dies kommt, weil ich das andre Mädchen gesehen habe. Ich hasse sie!“

Zwei gingen sie weiter. Hal sah ein, daß sie auf ein schwieriges Thema gestoßen waren.

„Ich will gewiß nicht predigen, Mary“ — begann er sanft — „doch werden Sie sich auch das noch anders überlegen: werden die andre nicht mehr hassen — bloß bedauern.“

Sie lachte, hart und schneidend. „Soll das ein Scherz sein?“

„Ich weiß, daß es so klingen mag, doch werden Sie es eines Tages einsehen. Sie besitzen etwas Wunderbares, für das Sie leben und kämpfen können, während das andre Mädchen . . .“ Er stockte einen Augenblick, da er seiner eigenen Gedanken über dieses Thema nicht sicher war. — „Es hat noch so viel zu lernen, Dinge, die es vielleicht niemals erlernen wird. Es wird ihm viel verloren gehen.“

(Fortsetzung folgt.)

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210909/5 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

# Stadt-Chronik

## Morgens

kl. Im Osten der Stadt steht die Fabrik, in der der Arbeiter beschäftigt ist. Er reibt sich den Schlaf aus den Augen und dabei kommt ihm der Maschinist in den Sinn, der um diese Zeit in das Maschinenhaus tritt. Und der Heizer im blauen Rock, der die Feuertüren aufschlägt und die schwarzen Briketts hinschaufelt.

Dann hebt der Arbeiter von seinem Lager auf, kleidet sich an, ißt und trinkt flüchtig und fährt mit der Straßenbahn durch die ganze Stadt, denn er wohnt im Westen und seine Arbeitsstelle liegt am andern Ende der Stadt.

Es wird Herbst, die Sonne steht noch nicht hoch und es ist kühl. Durch die geöffneten Wagenfenster strömt die Luft erfrischend über das Gesicht. Im Osten der Stadt, im Maschinenhaus seiner Fabrik, legen sich wohl jetzt die großen Schwungräder in Bewegung, der Dynamo summt und speist die Akkumulatoren. Und die kleinen Elektromotoren warten in den Maschinensälen zu Füßen der Schnellpressen und Werkzeugmaschinen still und geduckt auf den Betriebsstrom.

Der Arbeiter liest in der Zeitung, in einem Buche.

Nach einer Stunde ist er am Ziel, steigt aus und taucht im Gewoge der vielen Menschen unter, die gleich ihm ihren Arbeitsstätten zueilen. Auf ganz schmalem Raume sind sie zusammengekommen aus allen Stadtteilen. Sie kennen sich persönlich nicht und gehen scheuend nebeneinander her. Nur zufällig sich treffende Arbeitskollegen unterhalten sich. Aber das hört er nicht, sondern er sieht es nur an den bewegten Armen und den ausdrucksvolleren Gesichtern. Die Bäume stehen still am Wege. Tausende von Füßen rufen ein flüsterndes Geräusch bei der Berührung des Bodens hervor. Die Menge ist wie ein geheimnisvoll flüsternder Strom, der nach und nach in die geöffneten Fabriktore versickert.

Der Arbeiter fühlt sich als Teilchen dieses Stroms und versickert mit ihm wie ein Tropfen. Noch sieht er irgendwo im Morgenlicht in der Ferne die goldnen Turmspitzen einer Kirche aufblinken, noch sieht er die Menge in eine Straße hereinquellen. Wenn er aber durch die Pforte getreten ist und seine Marke mit lautem Klimpern in den Kasten gehängt hat und in den Arbeitssaal getreten ist, dann verschwindet das alles aus seinen Gedanken. Dann nehmen ihn die vor ihm liegenden acht Arbeitsstunden in Beschlag.

## Gründlichkeit am rechten Ort

Bekanntlich wurden während der Unruhen in Oberschlesien Haussuchungen in den Geschäftsräumen der Deutschnationalen Volkspartei und der damals noch bestehenden Organisation Escherich auf Anweisung des Ministers Lipinski vorgenommen und das belastungsfähige Material der Staatsanwaltschaft zugeführt. Diese eröffnete eine Untersuchung gegen die beiden Organisationen mit dem Ergebnis, daß das Verfahren eingestellt werden mußte. Wie wir aus unbedingt zuverlässiger Quelle erfahren, hat der neue Justizminister Dr. Heigner den Generalstaatsanwalt angewiesen, noch einmal ein Verfahren gegen die beiden obengenannten Verbände aufzunehmen.

## Kommunistische Akrobaten

Den Uebertritt der Dresdner S.A.P.D. zur K.P.D. haben wir kurz mitgeteilt. Die Unabhängige Volkszeitung, die in langer Nachbarschaft dem ehemaligen Anwohner links gründlicher kennen lernte als ihr schließlich gefiel, verspottet diese kommunistischen Akrobaten scharf und treffend:

Heil uns! Der kommunistische Kämpfer jubelt. Es ist ihm Glück widerfahren. Die Dresdner S.A.P.D. hat ihren Uebertritt zur K.P.D. gewünscht. Und wird natürlich brüderlich umarmt. Gloria victis! Ruhm dem Besiegten! Zwar ist das Häuflein klein, das sich aus dem Zusammenbruch der Dresdner S.A.P.D. gerettet hat, aber die Wackern bekennen, sie sind von Neue gequält. Und so sind sie willkommen.

Rühle hat in Ostsachsen tüchtig gepfuscht. Die Außenstehenden finden sich nicht mehr so leicht zurecht, was denn nun eigentlich wahr und echt ist. Rühle und seine allzeit Getreuen waren auf dem Wege zur proletarischen Einheitsfront. Rühle ist immer noch eifrig am Werk! Er eint nämlich. Eint das Proletariat, indem er es spaltet, müßt ihr wissen und bedenken! Er bekämpft das Bonzenwesen. Aber der Mensch, zumal wenn er genial (oder genial verrückt) ist, hat manchmal Malheur. Und so entstanden Rühle aus den Reihen der eigenen Getreuen grimme Streiter. Sie fanden, daß seine Theorie mit seiner Praxis nicht harmoniere. Rühle hatte vor einigen Monaten die Brüder Levinsohn aus der Redaktion des von ihnen bis dahin geleiteten Dresdner kommunistischen Wochenblättchens Der Kommunist eingermaßen unsanft hinauserpedieren lassen. Rühle schrieb nun das Blättchen selber. Man muß begreifen, daß Rühle damit keine bonzenmäßige Anwandlung erlitten hatte, denn vor seiner Geistesgröße machen jene Begriffe, die auf niedere Menschen zugeschnitten sind, halt!

Aber die Streitaxt war erhoben.

Die Mannen der damaligen Dresdner S.A.P.D. vollzogen in ihrer Mehrheit wieder einmal eine Schwenkung. Sie stellten sich schäumend vor ihren großen Heiro und Meister. Sie gründeten die — wie nennt sich doch gleich die parteilose Partei? A.A.U. oder „Allgemeine Arbeiterunion" heißt die grandiose Organisation. „Die Einheitsorganisation des deutschen Proletariats ist auf dem Marsche!" „Ostsachsen zeigt den Weg!", so verkündete in großen Lettern das inzwischen in Die Revolution umgeänderte und dann schamhaft nach Heidenau verlegte kommunistische Wochenblättchen. Was kann man machen? Die „Einheitsorganisation des deutschen Proletariats verlor zwar auf ihrem steinigen Wege die meisten Anhänger und ist nur noch ein kleines Häuflein Menschen, dafür ist es ja aber nicht bescheiden. . . ."

Neben den ganz Parteilosen bildeten nun als Konkurrenz Rühles die Brüder Levinsohn weiterhin mit zehn (oder einem Dutzend?) andern Anhängern die Dresdner K.A.P.D. Aber diese Ortsgruppe mit stolzer revolutionärer Tradition geriet in scharfen Gegensatz zu ihrer Berliner Zentralleitung. Das haben die Dresdner in einer Resolution wie folgt dokumentiert:

Geboren im heftigsten Kampfe der Aktivität gegen die Passivität, im Klassenkampfe, gestehen die Mitglieder der S.A.P. Gruppe-Dresden, daß die gesamte K.A.P.D. infolge theoretischer Verstiegenheiten zur gefahrvollsten Passivität gelangt ist. Sie erkennen als dringendes Gebot der Stunde ein offenes Bekenntnis der gemachten Fehler: Erstens durch Aufnahme der kommunistischen Tätigkeit in den Gewerkschaften, zweitens durch Ausnutzung auch sämtlicher legalen politischen Kampfmittel und durch ganz entschiedenes Abrücken des zum wiederholten Male in der K.A.P.D. auftauchenden Antibolschewismus.

„Ach, wie war das wunderschön, als wir uns vertrugen!" Hilft nichts, die Dresdner sind den Berliner „Literaten" gram geworden; die Ideen, für die sie ehedem stritten, die sie als Prunkstücke zur Schau stellten, haben sie einstweilen in die Rumpelkammer gestellt.

Und die K.A.P.D. hat ein Dutzend Anhänger gewonnen.

Ist es nicht interessant, daß sich die Gründer Vorwerk nebst Freundeskunde als die entschiedensten Bekämpfer jeglichen „Parteiunwesens", jeglichen „Bonzentums", ausgerechnet der K.A.P.D. angeschlossen haben? Der Partei, die im Organisatorischen geradezu erstarrt! In der das Klüngelwesen Orgien feiert! In der es wirkliche Meinungsstreitereien nicht gibt! (Siehe Genet u. Comp.) Ja, so ändern sich die Zeiten und die Menschen!

## Die neuesten Zusammenbrüche

Der Zusammenbruch der Kapitalverwertungs-Gesellschaft ist tatsächlich erfolgt. Das Presseamt des Polizeipräsidiums teilt darüber mit: Die Kriminalpolizei ist nunmehr auch gegen die Kapitalverwertungs-Gesellschaft in Dresden eingeschritten. Der Inhaber der Kapitalverwertungs-Gesellschaft und der Bergmann-Bank, der 32jährige Winter und dessen Syndikus, der frühere Rechtsanwalt Wednert, sind seit verflossener Nacht flüchtig. 60 000 M. und 17 000 M. bei einem Angestellten der Gesellschaft wurden beschlagnahmt. Der Geldschrank konnte nicht geöffnet werden, da die Flüchtlinge die Schlüssel mitgenommen haben. Die Bücher sind noch nicht geprüft und die Erörterungen noch nicht abgeschlossen.

Weiter wird dazu bekannt: Am 1. August kaufte Winter das Bankgeschäft Bergmann im Herzfeld-Haus mit dem Namen Bergmann für 70 000 M. auf und stellte es auf eine Kapitalverwertungs-Gesellschaft um. Außerdem vermittelte er allgemeine Bank- und Börsengeschäfte. Am Donnerstag kündigte Winter an, daß die ersten Auszahlungen bereits am Donnerstag und Freitag erfolgen könnten, obgleich sie erst später fällig waren. Während der Nacht ist Winter jedoch geflüchtet und vorläufig fehlt jede Spur von ihm. Im Laufe des Vormittags traf Kriminalpolizei im Bankgeschäft ein, versiegelte die Kassenschränke und nahm den Tatbestand auf. Die Einzahlungen der Gläubiger sollen gesichert sein, da noch ein Millionengeschäft mit Benzin abgeschlossen worden sein soll. Die Gläubiger versammelten sich sofort auf dem Neumarkt, doch konnten ihnen noch keine Einzelheiten bekanntgegeben werden. In den nächsten Tagen wird eine zweite Gläubigerversammlung stattfinden.

Die bei der Gesellschaft gemachten Einlagen sollen gegen 50 Millionen Mark betragen.

Gleichzeitig ereignete sich noch ein Krach: auch der Gründer und Leiter der Dresdner Sportbank in der Schnorrstraße, in der gestern die Auszahlungen erfolgen sollten, ist geflüchtet. Auch dort spielten sich sehr erregte Szenen ab. Der flüchtige Gründer ist noch nicht entdeckt worden.

## Noch einer

Der Weltkonzern Wilhelm Simma in Berlin ist ebenfalls zusammengebrochen. Er fordert seine Gläubigerschaft zur „Besonnenheit und Ruhe auf, denn jetzt schreien und toben wollen, wäre sinnlos".

## Wauer verhaftet

Der Generalbevollmächtigte des Kühn-Konzerns, Handelsanwalt Gerhard Wauer, ist auf Antrag der Berliner Staatsanwaltschaft verhaftet worden. Es wird ihm vorgeworfen, bei Gründung der Aktiengesellschaft für Sport-Unternehmungen, die Wauer im Juni angeblich zur Befriedigung der Gläubiger Kühns unternahm, zum Nachteil der Gläubiger gehandelt zu haben.

## Glaube, der Berge versetzt

Ringsum krachen die Konzerne. Der Dresdner Lokalanzeiger aber glaubt immer noch an reelle Konzerne, denn er bittet seine Leser um Mitteilung aller Konzernangelegenheiten, da durch deren Veröffentlichung „auch den reellen Konzernen" ein Dienst erwiesen würde.

Ueber dieser groß gedruckten Bitte bringt der Lokalanzeiger sieben Konzernnotizen, die sich alle mit Konzernzusammenbrüchen beschäftigen. Und trotzdem glaubt er noch — eines Tages werden die Bewohner der Neustadt den Berg anstaunen können, den dieser Glaube versetzt hat. Vielleicht rutscht gar der Wolfshügel in die König-Albert-Straße!

## Ein Raubmord in Dresden

Mittwoch morgen ist in der Zeit zwischen 9 und 12 Uhr die Arbeitersehefrau Anna Helene Urban in ihrer Wohnung, Oppellstraße 38, Hinterhaus, ermordet worden. Während ihr Ehemann und ihre Tochter auf der Arbeit waren, ist sie mit einer Frau aus dem Hause etwa gegen 9 Uhr fortgegangen, um einzukaufen. Sie hat sich kurz darauf entfernt, angeblich um auf die Sparkasse zu gehen. Sie ist dann nicht mehr gesehen worden. Als ihr Ehemann und ihre Tochter gegen 12 Uhr nach Hause kamen, wurde sie in ihrer Wohnung in der Küche auf dem Fußboden liegend, an Händen und Füßen gefesselt und durch ein um den Hals geschlungenes Tuch erwürgt aufgefunden. Einige Kommodenfächer waren erbrochen. Nach vorläufiger Feststellung hat der Täter etwa 200 M. in Papiergeld und einige Schmucksachen entwendet. Unter anderm fehlt ein Ring mit zwei roten Steinen (Granaten). Der Tat dringend verdächtig ist der Enkel der Ermordeten, der Fürsorgezögling Johannes Georg Urban, geboren am 31. März 1902 in Dresden, der in der Fürsorgeanstalt untergebracht war und dort entwichen ist. Er ist gestern morgen zweimal im Hause Oppellstraße 38 gesehen worden. Personenbeschreibung: 19 Jahre alt, etwa 170 Zentimeter groß, längliches Gesicht, bartlos, dunkles, hochgekämmtes Haar, Militärschirmmütze, Manchesterhose, Wickelgamaschen. Es wird ersucht, gegebenenfalls seine Festnahme zu veranlassen.

### Folgenschwerer Leichtsinn

Ein großer Leichtsinn brachte den 19jährigen Arbeiter Emil Otto Skora auf die Anklagebank, wo er sich wegen gefährlicher Körperverletzung, unbefugten Waffentragens und Beilegung eines falschen Namens zu verantworten hatte. Der in Löbtau wohnende Angeklagte ist Mitglied der Dresdner Spielervereinigung und beteiligte sich am Abend des 4. Juni an einer Nachtpartie des Vereins nach dem Zschoner Grund. Sk. hatte seinen Revolver mitgenommen, angeblich für den Fall, daß ihm beim Durchstreifen des Waldes ein Räuber begegne! Auf dem Marsche durch Cotta hatte Angeklagter schon dreimal aus Scherz in die Luft geschossen. Die vierte Patrone ging nicht los. Neben der Vereinskolonne lief eine Anzahl Kinder. In der Gottfried-Keller-Straße entlud sich der vierte Schuß und die Kugel ging dem Schulknaben Merbitz in die Stirn. Der Vater des Knaben, der gleich bei der Hand war, verbrügelte den leichtsinnigen Schützen tüchtig; der Knabe hat ins Krankenhaus gebracht werden müssen, ein Auge ist zerstört worden und mußte durch ein Glasauge ersetzt werden. Der Knabe ist dauernd entstellt. Durch die Prügel, die Sk. von dem Vater des Knaben erhalten hat, muß er veranlaßt werden sein, anfänglich einen falschen Namen zu sagen. Auf der Polizeiwache hat er aber seine Angaben berichtigt. Der Angeklagte gab noch an, den Revolver gefunden, sich aber 25 Patronen dazu gekauft zu haben. Von seiten des Vorsitzenden wurde ihm vorgehalten, daß es unverantwortlich sei, geladene Waffen auf einen Spaziergang mitzunehmen und innerhalb bewohnter Häuser zu schießen. Das Gericht verurteilte Skora zu sechs Monaten Gefängnis und 30 M. Strafe. Der Revolver wurde eingezogen. Der Verurteilte kann auch noch zivilrechtlich für den Schaden verantwortlich gemacht werden. — Hieraus möge die ernstliche Ermahnung gezogen werden, die jetzt so Mode gewordene abscheuliche Gewohnheit zu unterlassen.

**Ununterbrochener Fernsprechdienst.** Die Oberpostdirektion teilt: Vom 1. Oktober an wird in allen Ortsfernsprechämtern mehr als 1000 Hauptanschlüssen ununterbrochener Dienst eingerichtet. In der in diesen Aemtern nach dem Fernsprechgesetz zu errichtenden Grundgebühr ist ein Zuschlag von 20 M. vierteljährlich, der die Kosten für die Durchführung des Nachtdienstes deckt. Während der Nachtzeit werden künftig im Ortsverkehr nicht mehr erhöhte Gebühren, sondern die gleichen Gebühren wie am Tage erhoben. Auch in kleineren Netzen kann auf Antrag der Teilnehmer ununterbrochener oder ununterbrochener Dienst eingerichtet werden, wenn die Antragsteller sich zur Deckung der Kosten verpflichten. Nach der neuen Fernsprechordnung ist die Telegraphenverwaltung künftig berechtigt, Ortsgespräche nach einer Dauer von 15 Minuten durch Trennung der Verbindung zu beenden, wenn der Betrieb es erfordert. Durch diese Maßnahme soll den auch in der Presse schon vielfach beklagten Uebelständen abgeholfen werden, daß Fernsprechteilnehmer zum Nachteile des allgemeinen Verkehrs die Verbindungsleitungen über Gebühr für Plaudereien und ähnliche Zwecke benutzen.

**Neue Meißner Porzellan-Kriegsopfer-Münzen.** Auf Veranlassung der Ortsgruppe Meißen des Einheitsverbandes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hat die Staatliche Porzellanmanufaktur Meißen eine Kriegsopfer-Münze anfertigt, die einst einen hohen Wert für Sammler und Liebhaber erhalten dürfte. Der Reingewinn aus dem Absatz der Münze soll dazu beitragen, die Not der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen zu lindern.

**Kakteenausstellung im Botanischen Garten.** In der Zeit vom 10. September bis auf weiteres befindet sich im großen Gewächshaus des Botanischen Gartens eine Sonderausstellung von Kakteen und ähnlichen Pflanzen, zu der außer dem Botanischen Garten auch einige Kakteenliebhaber von Dresden und Meißen Beiträge geliefert haben. Ferner sind einige merkwürdige Pflanzen ausgestellt, die sich durch sinnreiche Anpassungen, das Wasser zu speichern oder das Wasser aus Nebelbläschen zu kondensieren, auszeichnen. Eintritt pro Person 50 Pf., Oeffnungszeiten von 10 bis 12 Uhr vorm. und 2 bis 6 Uhr nachm., an Sonntagen 9 bis 12 vorm. und 3 bis 5 Uhr nachm.

**Die Herbstblumenschau vom 10. bis 13. September** wird am Sonnabend den 10. September eröffnet. Für das Publikum werden die Tore zur Ausstellung am Sonnabend um 11 Uhr geöffnet.

**Volkshochschule.** Sonntag den 11. September findet eine Kunstwanderung unter Führung des Herrn Dr. Fritz Kunda von Meißen statt, wobei auch die fast unbekannte Klosterruine zum heiligen Kreuz besichtigt werden soll. Treffen: 8 Uhr 25 Min. vom Hauptbahnhof (Gepäckhalle); Abfahrt: 8 Uhr 43 Min. Rückkehr: 7 Uhr 27 Min. Teilnehmerkarten hierzu in der Geschäftsstelle, Georgplatz 5, I., Zimmer 20 (nicht mehr Neues Rathaus) oder beim Leiter der Wanderung.

**Aus der Mieterbewegung.** Bezirksmietenausschuß Südvorstadt. Jeden Freitag, abends von 7 bis 9 Uhr, Beratungsstelle im Winterhagen im Restaurant Schanzengarten, Schnorrstraße 58. Mitgliedskarte mitbringen. — Montag den 12. September, abends 8 Uhr, im Bürgergarten, Lübecker Straße, Versammlung der Mieterausschüsse, Kesselsdorfer Straße ab Kronprinzenstraße bis Tonberg, Kaiser-Hof, Wernerstraße, Reisewitzer Straße, links der Kesselsdorfer Straße, Eichendorff-, Germania-, Lübecker-, Columbus-, Grüner-, Lohmann-, Siemens-, Hohenzollern-, Freiberger, Fluß-, Siedlerstraße, Crispiplatz, Dohnaischstraße.

**Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Kriegsteilnehmer** (Mentzdt-Welt) hält seine Mitgliederversammlung am Sonnabend, abends 7 Uhr, im Restaurant Kaufhäuser Vereinshaus, Königsbrücker Straße, ab. Tagesordnung: Militärversorgungsgerichtswesen. Um zahlreiches Erscheinen bittet der Vorstand.

# Aus dem Parteileben

## Dampferfahrt 6. Kreis

Den Genossen und Genossinnen sowie allen andern Teilnehmern der Dampferpartie zur Mitteilung, daß die Dampferfahrt nunmehr endgültig abgesagt werden muß. Die Dampfschiffahrtsgesellschaft teilt uns mit, daß bis Sonntag höchstwahrscheinlich der gesamte Verkehr über Pillnitz hinaus eingestellt werden muß. Schon heute sind verschiedene Dampfer mit ganz geringer Belastung zwischen Dresden und Pillnitz auf Grund geraten und weiteres rapides Fallen des Wassers ist bis Sonntag zu erwarten. Daran ändert auch das gelegentliche stundenweise Steigen des Wassers, verursacht durch Ablassen einer Schleuse in der Elsecko-Slowakei, nichts mehr. Die Gesellschaft vermag nicht, selbst unter Anwendung aller Verkehrsmittel, die Teilnehmer bis Königstein zu befördern, und aus diesem Grunde muß leider die gesamte Partie abgesagt werden. Nähere Mitteilung erfolgt morgen in der Zeitung. Die Fahrkarten werden nach vorheriger Mitteilung durch die Volkszeitung wieder umgetauscht.

**Bezirk Borsig.** Die Genossen treffen sich Sonntag früh 5½ Uhr am Rathaus Weinig.

**Bezirk Laubegast.** Freitag den 9. September, abends 7½ Uhr, im Restaurant Elbtal außerordentliche Bezirksversammlung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Anfahrtszeiten für die Dampferfahrt sind nur noch beim Bezirkskassierer zu erfahren. Weiteres wegen der Dampferfahrt wird in der Bezirksversammlung bekanntgegeben.

**Jungsozialisten.** Sonnabend den 10. September, abends 7½ Uhr, in der Weißen Schleife, Pirstner-Ecke Palmstraße, Vortrag: Wesen und Ziele des Sozialismus. Vortragender: Bruno Sommer. Anschließend Aussprache.

**Kinderschutzkommission 3. Kreis.** Montag, abends 8 Uhr, im Volkshaus wichtige Sitzung. Am Nachmittag findet im Kreuzhaus, Kreuzstraße, Zimmer Nr 15 ein Vortrag statt. Wegen zahlreiches Erscheinen der Mitglieder der Kommission ist erwünscht.

# Plauenscher Grund

**Potschappel.** Vom Spiel in den Tod. Ein tief bedauerlicher Unglücksfall hat sich bei einer an der Brückenstraße wohnenden Familie zugetragen. Die eine der beiden kleinen Töchter, im fünfjährige Lieschen, wurde vermißt. Nach längerem Suchen entdeckte man das kleine Mädchen tot in der Regentonne im Garten. Im Spiel war das arme Kind kopfüber in die kaum ¾ Meter tiefe Tonne gefallen, ohne daß dies jemand bemerkte. Den schwer geprüften Eltern wendet sich allgemeine Teilnahme zu.

**Plauenscher Grund.** Die Wählerlisten zur Stadtverordnetenwahl in Freital liegen aus. Es sollen aber nach den Mitteilungen der Gemeindeverwaltungen alle Wähler und Wählerinnen einen Wahlausweis im Laufe der Woche erhalten. Es muß sich dann selbstverständlich die Einsicht für die Wähler, die einen Ausweis mittlerweile erhalten haben, erübrigt. Wer die Zusendung in allen drei Gemeinden keinen Wahlausweis bekommen hat, kann sicher darauf rechnen, daß er nicht in der Wählerliste steht. Die Betreffenden müssen dann unverzüglich, möglichst noch am Sonnabend, im Gemeindeamt ihres Wohnortes die Wählerliste nachsehen und auf Berichtigung verlangen. Die Wählerlisten liegen nur bis zum Sonntag aus. Wir bitten unsre Parteigenossen, die Frauen und Mädchen auf diese Verpflichtung aufmerksam zu machen.

**Tharandt.** Sonnabend im Gemeindebad, pünktlich ½8 Uhr, Mitgliederversammlung. Genosse Landtagsabg. Böckel spricht über: Was bringt uns die neue Stadt? Genossen und Genossinnen erscheint alle, da noch sehr wichtige Angelegenheiten nach dem Vortrage zu erledigen sind.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210909/6 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG

# Gewerkschaftsbewegung

## Teuerungszuschläge für die Angestellten der sächsischen Regierung

Mittwoch den 7. September haben zwischen der sächsischen Regierung und dem Zentralverband der Angestellten sowie den anderen Organisationen Verhandlungen wegen der Teuerungszulagen stattgefunden. Die Verhandlungen führten zu einem Abschluß und wird die Regierung in den nächsten Tagen durch eine Verordnung die Dienststellen zur Zahlung anweisen. Das Abkommen selbst wird in den nächsten Tagen unterzeichnet und kann in der Geschäftsstelle des Zentralverbandes der Angestellten, Ritzenbergstraße 4 6, und des Bundes der technischen Angestellten und Beamten, Wettinerstraße 10, bezogen werden.

Die Vereinbarungen decken sich inhaltlich mit denjenigen der Gemeinden. Der Teuerungszuschlag zum Grundgehalt beträgt in der Ortsklasse A 30 v. H., der Teuerungszuschlag zu den Kinderzuschlägen in der Ortsklasse A 200 v. H. Die männlichen volljährigen Angestellten in den ersten fünf Vergütungsstufen erhalten einen weiteren Ausgleichszuschlag, damit diese die Bezüge eines Angestellten in der sechsten Vergütungsstufe erhalten.

Die weiblichen volljährigen Angestellten in den ersten fünf Dienstjahren erhalten ebenfalls einen Ausgleichszuschlag. Jugendlichen Angestellten bis zum vollendeten 21. Lebensjahre wird zu ihrer bisherigen Grundvergütung ein Ausgleichszuschlag gewährt. Bezüglich der Lehrlinge werden noch Vereinbarungen getroffen. — Nähere Auskünfte zu erteilen ist der Zentralverband der Angestellten gern bereit.

## Streik der Metallarbeiter in der Kreishauptmannschaft Dresden!

Die Arbeitgeberverbände der Metallindustrie haben abgelehnt, der Forderung der Arbeiter weiter entgegenzukommen. Durch diese Ablehnung ist nunmehr der Streik unvermeidlich. Mit Genehmigung des Vorstandes ist beschlossen, den Streik einzuleiten. Am Sonnabend früh wird in einer Anzahl von Betrieben die Arbeit eingestellt. Die Anordnung, in welchen Betrieben die Arbeit eingestellt wird, hat die Tarifkommission im Zusammenwirken mit der Verbandsleitung vorgenommen.

**Wir machen unsere Kollegen darauf aufmerksam, daß nur in den Betrieben die Arbeit eingestellt werden darf, die von der Verbands- und Streikleitung dazu aufgefordert werden.** Wir warnen unsere Kollegen davor, plan- und ziellos vorzugehen. Jeder Streik, der ohne Zustimmung der Leitung einsetzt, muß als „wilder" abgelehnt werden. Es heißt jetzt Disziplin halten!

Montag den 12. September, abends 6½ Uhr, findet im Gewerbehaus, Dresden-A., Ostra-Allee, eine Generalversammlung statt, in der über den Stand der Bewegung Bericht erstattet wird.

**Deutscher Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Dresden.**
Die Ortsverwaltung.

## Zur Lohnfrage der Bergarbeiter

Am 7. September fanden auf Grund der Besprechungen in der Berliner Zentrale in Halle die Verhandlungen für den Mitteldeutschen Braunkohlenbergbau statt. Da in Berlin die Steigerung der Lebensmittelpreise auch von den Grubenbesitzern anerkannt werden mußte, ist nach dreizehnstündiger Verhandlung mit Bängen und Würgen eine Lohnerhöhung von 7,50 M. zugesagt worden. Als aber die Frage an die Einreihung der Zulagen in die Lohntafel der Randrevierte an die Reihe kam, da konnten die Herren überhaupt nichts bewilligen, sondern glaubten, daß die Teuerung vor den Türen der Bergarbeiter in den Randrevieren halbgemacht habe. Ein jugendlicher verkalkulierter Grubenvertreter redete sogar vom Lohnabbau in den Randrevieren, um die Gruben wieder ablegfähig zu machen. Bei den weiteren Verhandlungen bot man den Bergarbeitern in den Randrevieren zwei Mark pro Schicht mehr. Das mußte man als eine Verhöhnung betrachten. Um aber kein Mittel unversucht gelassen zu haben, willigten die Arbeitnehmer nach langer Aussprache in den Vorschlag der Arbeitgeber, eine engere Kommission zu bemühen, um für die Randreviere eine Verständigung zu finden. Hier wollten die Herren wieder mit Zahlen jonglieren. Die Arbeitervertreter gaben aber die Erklärung ab, auf Grund der Zentralverhandlung müßten auch den Bergarbeitern der Randreviere die 7,50 M. zu. Durch die Differenzierung von fünf Groschen beträgt der Lohnunterschied zwischen Kern- und Randrevier jetzt schon zwei Mark und durch die neue Zulage würde selbiger zwei Mark vierzig Pfennig betragen, sodaß den Bergarbeitern im Randrevier eine Zulage von sieben Mark zukommen müßte. Als letztes Angebot wollten die Herren drei Mark fünfzig Pfennig pro Schicht zugestehen. Es wurde ihnen aber klargemacht, daß sie sich nicht von den Gedanken leiten lassen sollten, daß die Bergarbeiter in den Kernrevieren ruhig zusehen werden, und daß der Mitteldeutsche Braunkohlenbergbau ein Ganzes bilde. Weil die Herren Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt stehen blieben, wurden noch mehr als fünfstündigen Verhandlungen diese von den Arbeitnehmern abgebrochen, da am Sonnabend, den 10. September, in Hannover eine Reichskonferenz der Bergarbeiter stattfindet, die zur Frauenfrage im gesamten Bergbau Stellung nehmen wird.

## Der Transportarbeiterstreik

In Sachsen ist, bis auf Leipzig, der Streik beendet. Nach langen, mehrtägigen Verhandlungen vor dem Arbeitsministerium ist ein neuer Landestarifvertrag für Transportarbeiter zustande gekommen. Die Lohnzulagen betragen in

| Lohnklasse | A | B | C | D |
|---|---|---|---|---|
| | M. 75.— | 75.— | 70.— | 70.— |

pro Woche. Die Ueberstunden werden mit 25 und die Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Aufschlag entschädigt. Eine Erhöhung für die Verdienstlage des Sonntags sowie bei der Auslösung der Landarbeiter und mittags außerhalb Fürtem ist eingetreten.

Die Feiertage wurden von 6 auf 9 Tage je nach der Beschäftigungsdauer erhöht und in Krankheitsfällen wird in Zukunft im ersten Jahre der Beschäftigung der Lohn für die ersten drei Krankheitstage und nachher die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld auf eine Woche gezahlt.

Diese Verbesserungen verdanken die städtischen Transportarbeiter nur ihrer geschlossenen Organisation. Um dies zu erreichen, war in mehreren Orten die Arbeitsniederlegung notwendig, die zum Teil eine Woche gewährt hat. Diese wirtschaftlichen Kämpfen wären zu vermeiden gewesen, wenn die Unternehmer gleich von vornherein halbwegs annehmbare Zugeständnisse gemacht hätten.

Nur in Leipzig wurde in einer am Donnerstag nachmittag abgehaltenen Versammlung das Tarifabkommen abgelehnt. Infolge dieses Beschlusses wird in Leipzig der Streik fortgesetzt. (Von Unternehmerseite verbreitete anderslautende Angaben sind unwahr.) — In zahlreichen anderen Städten Deutschland dagegen ist die Arbeit im Transportgewerbe im Laufe des Donnerstag wieder aufgenommen worden. Zu haben die Einigungsverhandlungen in Hamburg unter dem Vorsitz des Demobilmachungskommissars endlich zu einer Einigung und damit zur Beendigung des Ausstandes geführt. Den Ausständigen der Schwerfuhrwerke wurde eine Lohnerhöhung von 75 M., denen der Großwäschereibetriebe eine solche von 70 M. gegeben. Streiktage werden nicht bezahlt.

## Die Lohnverhandlungen im Baugewerbe im Bezirk Ostsachsen abgeschlossen

Am 6. September hatte auf Antrag das Bezirkslohnamt für das Baugewerbe über die Lohnhöhe der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter im Bezirke Ostsachsen zu entscheiden, da die Arbeitnehmer einen früheren Vorschlag, nach dem in der I. und II. Ortsklasse 1,10 M. und in der III. und IV. Ortsklasse 0,90 M. Teuerungszuschlag ab 2. September bezahlt werden sollte, abgelehnt hatten.

Das Lohnamt entschied: „Da die Teuerung überall die gleiche ist, soll auch der Teuerungszuschlag in allen Ortsklassen 1,10 M. sein."

Beide Parteien haben diesem Schiedsspruch zugestimmt, so daß der Friede im Baugewerbe gesichert ist.

## Fortdauernder Streik in Magdeburg

Der Streik nimmt hier seinen Fortgang, hat aber an Ausdehnung seit Mittwoch nicht mehr gewonnen. Gegenwärtig besteht wenig Aussicht auf baldige Beilegung. Von 13 Betrieben wurde die Technische Nothilfe angerufen; in 4 Betrieben konnte sie nach einiger Zeit wieder zurückgezogen werden, da die Arbeiter sich zur Ausführung der Notstandsarbeiten bereiterklärten. Verschiedentlich kam es zu Zusammenstößen zwischen Nothelfern und streikenden Arbeitern, die jedoch keinen großen Umfang annahmen.

## Die Buchdruckerinternationale für Amsterdam!

Der 8. Internationale Buchdruckerkongreß in Wien beschloß gestern mit 20 gegen 9 (!) Stimmen, sich in Uebereinstimmung mit den Gewerkschaftsorganisationen aller Länder auf den Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu stellen. Der Buchdruckerinternationale können daher nur solche Organisationen angehören oder beitreten, die auf dem gleichen Boden stehen.

### Zur gewerbsmäßigen Stellenvermittlung

Kürzlich ging durch die Presse die Behauptung, der Reichsarbeitsminister habe durch einen vertraulichen Runderlaß angeordnet, daß die Konzessionen der verboten gewesenen Stellenvermittlerbetriebe wieder Gültigkeit haben sollen. Ein solcher oder ähnlicher geheimer Runderlaß ist vom Reichsarbeitsminister nicht ausgegangen. Er würde auch den Absichten und Anschauungen des Reichsarbeitsministeriums widersprechen. Im übrigen ist in dem Entwurf des Arbeitsnachweisgesetzes, der bereits dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorliegt, die Aufhebung der privaten Stellenvermittlung dem Grundsatze nach vorgesehen.

### Warnung vor Zuzug nach Belgien

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Sitz Amsterdam) versandte am 26. August ein Rundschreiben, wonach die belgische Gewerkschaftskommission darüber Klage führt, daß in der letzten Zeit viele ausländische Arbeiter nach Brüssel und Antwerpen kommen, um dort Arbeit zu nehmen. Dort herrsche jedoch bereits große Arbeitslosigkeit, so daß die Ausländer bald mittellos dastehen, ohne weiterreisen zu können. Die belgischen Gewerkschaften seien nicht in der Lage, die Ausländer zu unterstützen.

Der Bundesvorstand knüpft hieran den Hinweis, daß zur Zeit in den meisten Ländern große Arbeitslosigkeit herrscht, und daß die Arbeiter sich nicht ins Ausland begeben sollen, bevor sie sich Gewißheit verschafft haben, dort auch Arbeit zu finden. Bei den gegenwärtigen Verhältnissen können sie auch nicht darauf rechnen, daß sie von den zuständigen Gewerkschaften im Ausland Arbeitslosenunterstützung erhalten.

### Gewerkschaften und Genossenschaften

Die Mitgliederzahl der dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Gewerkschaften stieg im Jahre 1920 im Jahresdurchschnitt von 5 479 078 auf 7 960 102. Vergleicht man damit die Mitgliederzahl der dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Genossenschaften, dann ergibt sich, daß noch viele Hunderttausende Gewerkschafter ihren Lebensbedarf unter Bereicherung privatkapitalistischer Unternehmer decken. Der genossenschaftlichen Verbreiterung steht also noch ein weites Feld offen.

— **Der Kampf der Knoxarbeiter ist beendet.** 40 Prozent Lohnerhöhung wurden zugestanden. Maßregelungen finden nicht statt. So hat die Einigkeit der Arbeiterschaft auch in dieser Industrie zu einem vollen Erfolge geführt.

**Das Jahrbuch für 1920 des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes** ist als ein stattlicher Band von 280 Seiten Großoktav zum Preise von 15 M. im Verlage des Courier, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1, erschienen.

**Malerstreik in Glauchau.** Die hiesigen Maler sind wegen Nichterfüllung ihrer Lohnforderungen in den Streik getreten.

**Der Streik der Leipziger Graveure** ist nach einer Dauer von fünf Wochen beendet worden. Die Erhöhung der Löhne beträgt 60 Pf. bis 1 M. die Stunde.

Der französische Textilarbeiterstreik. Die streikenden Textilarbeiter in Nordfrankreich wollen keine Lohnermäßigung anerkennen [illegible] den Arbeitgebern und den Arbeitern keine Lösung erfunden wird, so wird der Streik sich auch auf die andern französischen Textilzentren ausbreiten.

# Sport • Spiel • Körperpflege

**Hauptausschuß zum Kreisfest.** Montag den 12. September Sitzung im Roßthaler Hof, an der Friedrichstädter Hauptmarkthalle, Ecke Wettiner- und Roßthaler Straße.

### Arbeiter-Turn- und -Sportbund

**4. Gruppe.** Alle Teilnehmer zum Männerturnen Sonntag den 11. September treffen sich mit ihren Frauen 12½ Uhr mittags im Gasthof Kaitz.

**9. Bezirk, Plauenscher Grund.** Alle Serienspiele zur Herbstserie in Faustball gegen Turnf. fallen aus. Sonntag den 18. September, von vormittags 10 Uhr an, Spielerchor.

**Turnverein Cunnersdorf.** Sonntag den 11. September Volksfest auf dem Sportplatz. Beginn 2½ Uhr.

**Gruppenwertungsturnen.** 3. Gruppe, 2. Bezirk. Das am Sonntag vormittag in Loschwitz stattgefundene Gruppenwertungsturnen brachte folgende Ergebnisse: Mittelstufe, Kugelstoßen: Willi Hilbert, Loschwitz, 11 Meter, 20 Punkte. — Mittelstufe, Weitsprung: Walter Hahle, Osterwitz, 5 Meter, 15 Punkte. — Mittelstufe, 100-Meter-Lauf: Paul Boden, Loschwitz, 12⅘ Sek., 20 Punkte. — Jugend, Kugelstoßen: Walter Gäbel, Loschwitz, 17 Jahre, 8,15 Meter, 20½ Punkte. — Jugend, Weitsprung: Kurt Zeibig, Weißig, 17 Jahre, 4,90 Meter, 19 Punkte. — Jugend, 100-Meter-Lauf: Kurt Zeibig, Weißig, 17 Jahre, 14⅘ Sek., 16 Punkte. — Sieger im Dreikampf: Mittelstufe: Paul Boden, 28 Jahre, 50 Punkte; Walter Hahle, Osterwitz, 19 Jahre, 43 Punkte; Willi Erler, Osterwitz, 20 Jahre, 40 Punkte; Willi Hilbert, Paul Hauptmann, Loschwitz, 20 Jahre, 39 Punkte; Willi Hilbert, Loschwitz, 26 Jahre, 30 Punkte. — Altersklasse, Kugelstoßen: O. Meßger, Loschwitz, 38 Jahre, 9,75 Meter, 27 Punkte; R. Kindeisen, Osterwitz, 33 Jahre, 9,75 Mtr., 30 Punkte. — Altersklasse, Weitsprung: R. Vogel, Weißig, 34 Jahre, 4,70 Meter, 17 Punkte; Otto Meßger, Loschwitz, 38 Jahre, 4,40 Meter, 14 Punkte. — Altersklasse, 100-Meter-Lauf: Otto Meßger, Loschwitz, 38 Jahre, 14⅘, Sek., 19 Punkte; Robert Vogel, Weißig, 34 Jahre, 14⅘, Sek., 18 Punkte. — Sieger im Jugend-Dreikampf: Kurt Zeibig, Weißig, 17 Jahre, 53 Punkte; Walter Gäbel, Loschwitz, 17 Jahre, 47½ Punkte, Hans Kreßler, Osterwitz, 16 Jahre, 41 Punkte.

**Fußball.** Sonnabend den 10. September, nachmittags 4 Uhr, Spiel auf dem Sportplatz in Cotta, Gebbestraße, eine praktische Schiedsrichterprüfung statt. Die Vereine Forstchappel, Cotta, Löbtau, Deuben, Pieschen und Kaitz haben die bestimmten Teilnehmer recht pünktlich zu entsenden. Interessenten können noch daran teilnehmen. — Kaitzbach, 10. September: Auf zahlreiches Fußball-Hauptversammlung. Jeder muß erscheinen. Anfang 7½ Uhr.

Spiele am Sonntag, dem 11. September:

T. S. K. 1—Helios 1 stehen sich in Dobbegast gegenüber. Der T. S. K. hat hier einen schwereren Gegner als am Sonnabend. Pieschen 1 und Neustadt 1 werden auf dem Platze des erstern einen schönen Kampf liefern. In Leßmannsdorf hofft der Platzinhaber auf Cotta 1. An der Königsallee Deuben 1—Pieschen 1. Beide Vereine gut in Form, werden einen heißen, fairen Kampf liefern. An der Bahnstation Weintraube treffen Radebeul 1—Pirna 1 aufeinander. Sämtliche Spiele beginnen 3 Uhr.

2. Klasse: Meißen 1—Nebigau 1 5 Uhr, Törnewitz 1—Gittersee 1 5 Uhr, Birkigt 1—Kaitz 1 5 Uhr, Kaitz 1—Kamenz 1 5 Uhr, im Kaitz: Klaunplatz: Neustadt 1—Kamenz 3 3 Uhr; Erfurter Platz: Pieschen 2—Forstchappel 2 5 Uhr, Pieschen 3—Törnewitz 2 3 Uhr; Hebbelstraße: Cotta 2—Gittersee 2 5 Uhr, Cotta 3—Bischofswerda 1 3 Uhr. Im Riesa: Riesa 1—Kaitz 2 3 Uhr, Riesa 2—Zeppelin 2 1 Uhr, Riesa 1 (Jug.)—Meißen 1 (Jug.) 10 Uhr. Im Pangebrück: Pangebrück 1—Kamenz 2 3 Uhr. Im Großenhain: Großenhain 1—Kaitz 2 3 Uhr. In Ottendorf: Ottendorf 1—Radeberg 3 3 Uhr. Blasewitz: Uebigau 3—Radebeul 3 3 Uhr. In Gittersee: Gittersee 2—Kaitz 1 5 Uhr, Gittersee 1 (Jug.)—Burgk 1 (Jug.) 3 Uhr. In Pesterwitz: Pesterwitz 1—Forstchappel 3 2 Uhr. In Pirna: Pirna 1—Pirna 2 4 Uhr. Löbtau 1 stellt sich in Teplitz dem Kreismeister Gleichheit 1 im Freundschaftsspiel gegenüber. — Propagandaspiele in Zaucherode: Zaucherode 1—Löbtau 2 4½ Uhr, Zaucherode 2—Löbtau 3 2½ Uhr.

**Turnspielergebnisse.** Faustball: Zschachwitz 1 (Kreismeister)—Pieschen 1 7:7; Pieschen 1 (Jug.) — Ottendorf 1 (Jug.) 4:1; Pieschen 1 (Jug.)—Pieschen 2 (Jug.) 1:5; Kaitz 2—Friedrichstadt 2 8:0; Fortschritt 1—Cotta 2 2:1; Cotta 1 (Jug.)—Friedrichstadt 1 (Jug.) 5:0. — Faustball: Cotta 1—Kaitz 1 71:71.

**Arbeiter-Radfahrer-Bund Solidarität, Mitgliedschaft Dresden.** Ausfahrten finden statt am Sonntag den 11. September wie folgt: Abteilung Neustadt, früh 5½ Uhr, vom Abteilungslokal nach Bühlau-Grund; Abteilung Kaitz, Pilztour früh 2 Uhr vom der Talsperrenmeisterei; Abteilung Cotta, gemeinschaftlicher Ausflug, Treffen im Abteilungslokal; Abteilung Johannstadt-Striesen, Sonntag den 11. September, Sommerfest in der Fuhe, Buttenstraße; für Kinderbelustigung sowie Lampionzug usw. ist gesorgt; Abteilung Kemnitz-Stetzsch, Sonnabend den 10. September, Begrüßungsabend im Lindenhof Stetzsch, Auftreten der Reigenmannschaft, Dresden.

**Arbeiter-Radler.** Sonntag den 11. September Herbstpartie mit Musik nach den Talsperren Klingenberg und Malter. Abfahrt 8½ 9 Uhr 10 Min. vom Hauptbahnhof. Treffen 8½ Uhr in der Mittelhalle. — Sportverein Herakles. 10. September 10. Stiftungsfest in Stadt Leipzig, Leipziger Straße. Anfang 6½ Uhr.

# Genossenschaftswesen.

### Die größten Konsumgenossenschaften

Die höchste Umsatzzahl der deutschen Konsumgenossenschaften im letzten Geschäftsjahr erreichte, wie mitgeteilt worden ist, die Hamburger „Produktion", nämlich mehr als 308 Millionen Mark. Jetzt wird über die Umsatzziffern der Berliner Genossenschaft berichtet, die zwar an die Hamburger nicht heranreichen, aber nichtsdestoweniger zu enormer Höhe gelangt sind. Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend steigerte im abgelaufenen Geschäftsjahr 1920/21 ihren Umsatz von 137 921 477,35 M. auf 232 671 454,81 M. Der Bäckereiumsatz betrug 44 872 613,66 M. gegen 24 510 060,57 M. im Vorjahre, jedoch sank das verarbeitete Rohstoffquantum von 15 998 977 Kilogramm auf 12 858 175 Kilogramm. Die Konditorei hatte einen Rückgang zu verzeichnen, während die Kaffeerösterei und die Selterfabrik sehr erfreuliche Fortschritte aufwiesen. In letztgenanntem Betrieb stieg der Umsatz von 446 417,41 M. auf 1 486 903,10 M., die Zahl der expedierten Flaschen von 711 000 auf 2 500 041. Eine ganze Anzahl neuer Warenabgabestellen konnte errichtet werden. Am 1. August 1921 wurde der Konsumverein Zehlendorf übernommen.

# Briefkasten

**E. H. 42.** Sie sind zur Zustellung der Miete an den Hauswirt verpflichtet. Wenn die Miete bisher vom Hauswirt abgeholt wurde, so lag das in seinem guten Willen; eine Verpflichtung hatte er nicht.


Wir empfehlen:
Soeben in neuer ungekürzter Auflage erschienen:
**Pfaffenspiegel**
Historische Denkmale des Fanatismus in der römisch-katholischen Kirche.
von Otto v. Corvin.
Durchgesehen und mit Nachwort und Anmerkungen versehen von Bruno Symmer.
Preis 23 Mark.
Zu beziehen durch die Volksbuchhandlung und ihre Filialen.

**Trikotwäsche** jeder Art zu nach Maß, Trikotunterhosen u. Mützen, Halsbündchen, Armelbündchen usw.
W. Paul Krause, Strumpffabrik
Hauptgeschäft: Meißnerstr. 54.
Zweiggeschäft: Bautzner Straße 23, Gr. Plauensche Str. 32.

Pa. fettes Rindfleisch zum Braten 9.50, zum Kochen 8.50, frisches Hammelfleisch 12.00 u. 13.00, frisches gewiegtes Rindfleisch 10.00 u. 12.00, Sandschwanzfleisch 18.00, Rippchen 20.00, A. Kalbfleisch 12.00, Kalbfleisch gekocht, Schinken u. Schinkenspeck 14.00, frisches derbes Rindfleisch, Bratwurst 12.00, Mettwurst, Blutwurst, Mettwurst, hausschlacht. Wurst und G. Zwiebelleberwurst, Pfd. 4.50, in ganzen Ztr. 17.00. [illegible]
Wettinerstraße 39. Haupsvogel.

Rindfleisch, prima Ware Pfund von 9 M. an
Kalbfleisch, prima Ware Pfund von 13 M. an
sowie nur die besten Fleisch- und Wurstwaren empfiehlt preiswert [illegible]
23 Otto Böhme 23
Schaffelstraße.

In ½ Stunde Läuse
Spülapparate
Spülkannen, Spülbecken, Unterlagen, Leibbinden, Vorfallbinden, Ersatzteile
Frau Reusinger, Am See 37.

Haar-Einkauf
zu höchsten Preisen
Frau Emma Schanke
40 am Bahnhof 40.

Händler!
Baumwollwaren äußerst preiswert.
A. Schlesier, Dresden-A.
Königstraße 17, 3 Tr. am Wettiner-Bahnhof.

Ziehung 13 bis 23. Sept.
3. bandesw. ohlfahrts-
Geld-Lotterie
Höchstgewinnst-Fall
125 000
Prämie: 75 000
50 000
Hauptgewinne: 20 000
10 000
2 zu 5 000
usw.
Lose 1.10 — (Postgeld u. Liste 0.40) durch
Alexander Hessel
Dresden, Wettiner Straße
Postscheckkonto Dresden 2594 [illegible]

Platin-Gold-Silber-Gegenstände kaufen
M. Reinhardt & Co.
Moritzstraße 17, 1.
Guterh. Kinderwag. [illegible]

Einlochgläser
Denath
Dresdner Straße 2.

Der Strickmaschine
komplett, gebraucht, mit Perf. Platz Fr. M. Hechtstraße 61, Grb. 3. Mitte.

# Unerhört billig

MARA

94.- 114.- 144.- 159.-

MARA-SCHUH

AMALIENSTR. ECKE SERRESTR. — G. M. B. H. — WETTINERSTR. ECKE POSTPLATZ.

Nur der Weg zu uns ist lohnend!

## Eröffnung

der Herbst- und Winter-Saison

VORZÜGE:
Tonangebende Neuheiten
Erstklassige Waren
Konkurrenzlos bill. Preise

Wir bringen keine ordinäre Lockware

Herren-Anzüge, Eleg. Schlüpfer, Sport-Ulster, Leder-Joppen, Gummi-Mäntel, Moderne Hosen, Manch.-Hosen, Breeches-Hosen — Moderne Hüte, Sport-Artikel, Feine Stoffe — Jungl.-Anzüge, Sport-Anzüge, Knaben-Anzüge, Koch.-Schlüpfer, Manch.-Hosen, Knaben-Hosen, Pelerinen, Schüler-Mützen

Hosen für jeden Zweck — Berufskleidung Einzigll

Kaufen Sie nur im Spezial-Bekleidungshaus

## Glocke

25 Annenstrasse 25
Annenkirche.

## Herbstblumenschau Dresden 1921

vom 10. bis 13. September

im Städt. Ausstellungspalast, Lennéstrasse

Im Freien: 6 Dahliengärten mit 12 000 Dahlienpflanzen, 4 Stauden- und Schmuckgärten mit Bildwerken Dresdner Künstler.

In 15 Hallen: Blumenschmuckkunst, Rosen, Dahlien, Topfpflanzen und Staudenblumen, Gemüse und Obst, Gartenkunst und Koniferen, Industrie des Gartenbaues.

## Nur für Herren

die auf gute Qualitäten und elegante Bekleidung zu billigen Preisen Wert legen, ist dieses Angebot von Interesse.

Herren-Anzüge in neuester Ausf. und nur guten Stoffen, 485.00, 395.00, 325.00
Die neuesten Schlüpfer für Herbst und Winter, 575.00, 495.00, 385.00
Maß-Anfertigung von Herren-Anzügen aus nur gut. Maßstoff., Garantie f. tadellos. Sitz, Preis inkl. Stoff, Zutat. u. Arbeitslohn 825.00, 660.00, 525.00
von Schlüpfern und Ulstern aus mod. Herbst- u. Winterstoffen, Preis inkl. Stoff, Zutaten u. Arbeitslohn 675.00, 585.00, 495.00

Kaufhaus Weiner, Schöffergasse 9
Ecke Frauenstraße — Nähe Altmarkt.

Beachten Sie unsere große Ausstellung.

Ein gros — Export

Großer Posten
Wollschals, Kinder-Sweater
Strick-Handschuhe
Strick-Jacken
Strumpfwaren, Trikotagen aller Art, kunstseidne Krawatten
Nur für Wiederverkäufer

## Ign. Berger

Bernhardstrasse 11 :: Telephon 27704

Export — En gros

Kompl. Wohnungseinrichtungen
sowie
alle Arten einzelne Möbel
auch auf Zahlungen zu billigsten Preisen nur bei
Wagner & Comp., Scheffelstraße 26, I.

## Fahrrad-Mäntel

großer Posten, mit kleinen Schönheitsfehlern, erstes Qualität, zu 42 und 60 M. verkauft
Fahrradhaus Krause, Freiberger Straße 123.

Geschützt „Stampolda" geschützt.
In einer Stunde vertilgen Garantie Kopf-, Filz- Zeit und u. Kleider-L. Brut, Planzen, Flöhe b. Mensch u. Tier. Wanz. unsch. Verf. nur in Dresden: H. b. Arll, A. Gäbert, Marktstr. 31; W. Neubauer, Alm. Zeo 37; Pohlmann, A. Brust, Arch. Str. 124. Meißen: Tonhaus, Albrechtstr. 41.

## Mein heutiges Angebot

gibt Ihnen die Möglichkeit, neuzeitliche Waren aus alten, noch nicht verzinnten Lagerbeständen zu kaufen.

Hemdentuch, erprobte gute Qualität . . . 10.75, 11.50, 13.50
Nessel, Ia hochfeine Ware, ca. 80/81 cm . . . 12.75, 21.50, 25.50
Bettuch-Linon, 140 cm breit, Ia eläff. Gewebe . . . 34.50
Hemdenbarchent, nur gute Qualität, 80/81 cm 14.75 u. 17.75, 80 cm breit 14.50, 12.90, 11.90
Bettuchbiber, 140 cm breit, pa. weiße Ware, Meter 25.50
Inlett, Etamgenleinen, Damast, Linon u. bt. Bettzeug nur hervorragende Qualitäten in wenigen Posten
Sportflanell u. Zephir für Hemden und Blusen in reicher Auswahl, Mtr. nur 13.75
Bleudruck, Indigo und Leinen für Schürzen, Röcken u. Kleidstoffe 16.50, 17.00, 17.50
Linon-Bezüge aus pa. haarfeinem Linon, heil. und 1 heil. Drell, 1 breite, 1 heilige u. 1 Zierkante 208.00
Wollene Schoßen in ca. 20 verschiedenen, teilweise handgestickten Mustern, Stück 43.75, 42.50, 34.75 u. 29.50
Kleiderkretzen, Wolle und Baumwolle, in großer Auswahl
Damen-Mäntel u. -Röcke in erstklassiger Ausführung zu billigsten Preisen
Reinwollene Strickjacken 295, 265, 225, 198 M.
Reinwollene Mützen, Restbestand, Stck. 15.50 u. 14.00 in allen Größen, für Straße und Sport

Habermann, Wilsdruffer Straße 27

Trauringe preiswert Schmeid, Maxstraße 1.

Auf Teilzahlung und gegen bar
Möbel
Speise-, Schlaf- u. Herrenzimmer
Fertige Küchen
Sofas, Schränke
Kinderbetten
Kinderwagen
Damenkonfektion
Herren-Anzüge
Gardinen
Manufakturwaren
Bunt- und Weißwäsche
Jttmann
9, I. Neumarkt 9, I.
im Hause der Post.

Schweinefleisch, frisch, à Pfund 18 M.
Rehweinefl.-Kotelettes . . . à Pfd. 20 M
Rindfleisch, frisch . . . 12 „
„ Rouladen . . . 14 „
„ Gewiegtes . . . 14 „
Rindfleisch, Gefrier-, fett . . . 9 „
„ Rouladen . . . 12 „
„ Gewiegtes . . . 12 „
„ Gulasch . . . 11 „
Hammelfleisch, frisch . . . 12 „
„ Keule . . . 13 „
Hammelfleisch, Gefrier-, fett . . . 9 „
„ Keule . . . 13 „
Mettwurst, hausschl. Blut- u. Leberwurst in Pfund 16 M., Pfund 4.50 M.

P. Schreiber, Markgrafenstr. 30.

Pa. Landschweinefleisch hier frisch geschlachtet . . . Pfund 16.00
Antonshalle, Vordere Markthalle, Stand 115 u. 117.

## Hosen

aus Arbeitsflanell, [illegible] Lederstreifen u. Spreizlasten in hoher Qualität zu Fabrikpreisen, [illegible] Alfred Dommler, Reichenbach, Zeitzer Str. 1. Alfred Walther, Gr.-Röhrsdorf, Chemnitzer 2. Bruno Barthel, Altmarkt b. Meißen.

Hirschkrüsten . . . Pfund 12.00 M.
Reh- u. Hirschblatt . . . Pfund 11.00 „
Ziegenfleisch . . . Pfund 7.50 „
F. Bäumert, An der Dreikönigskirche 3.

# Stadtverordneten-Sitzung

vom 8. September 1921

Der Vorsteher Nitzsche eröffnete die Sitzung, die erste nach den Ferien, mit begrüßenden Worten und mit dem Hinweis, daß das Kollegium in nächster Zeit viel Arbeit zu bewältigen haben werde. Die neue große Teuerungswelle werde auch das Stadtparlament vor neue und schwierige Aufgaben stellen, man werde sich mit den neuen Teuerungszulagen für die städtischen Beamten zu befassen haben, ebenso mit der Deckungsfrage und vielen Nachforderungen, die sich aus den neuen Preisen ergeben. Es würde eine sehr umfängliche und auch unangenehme Arbeit sein, die deshalb in gemeinten Beratungen trotz den Gegensätzen, die in letzter Zeit hervorgetreten sind, geleistet werden wird.

Unter den Eingängen befand sich eine Eingabe des Vereins gewerbetreibender Dresdens, in der gebeten wird, die Vorschläge des Zirkusdirektors Stosch-Sarrasani, die dieser in der Wohnungsfrageangelegenheit gemacht hatte, nachmals zu prüfen. Der Rat teilte hierzu mit, daß er dem Zirkusunternehmen bereits soweit entgegengekommen sei, als es nach den geltenden Bestimmungen und unter den bisherigen Verhältnissen überhaupt möglich war, wodurch er die Eingabe für erledigt ansehe. — Das Kollegium nahm von dem Schreiben Kenntnis und erklärte auch seinerseits die Sache damit für erledigt.

Weiter teilte der Rat mit, daß er dem Beschluß der Stadtverordneten wegen Gewährung von Unterstützungen an die gewerkschaftlichen Rechtsauskunftsstellen mit der Einschränkung beigetreten ist, daß die Unterstützungen nur für das Jahr 1921 gelten sollen.

Eine kurze Anfrage Graf betraf die Beseitigung der auf dem Dache des Zirkusgebäudes angebrachten Aufschriften, die in durchaus unkünstlerischer Weise angewandt seien und auch nicht den Tatsachen entsprächen. (Heiterkeit. Reklame!) Der Rat wird gefragt, ob er in der Lage und bereit ist, diese Aufschriften auf dem schleunigsten Wege zu beseitigen.

Baurat Müller entgegnete, daß das Baupolizeiamt bereits eingeschritten sei. Augenblicklich liege Rekurs bei der Straßenbaudeputation vor.

Die Tagesordnung umfaßte 112 Punkte, die aber vorwiegend von untergeordneter Bedeutung waren und ohne Debatte gemäß den Ausschußanträgen erledigt wurden.

Beschlossen wurde, von dem Ratsschreiben, wonach die Bebauung des Bauvorhabens des Siedlungsheims Dresden-Kaufklip (Friedrich-Kaiser-Kolonie) aus den für Kleinwohnungszwecken bereitgestellten Mitteln zur Zeit ausgeschlossen ist, Kenntnis zu nehmen, hierüber aber den Rat erneut zu ersuchen, über die Gründe Aufschluß zu geben, die bei Ablehnung aber verschieden hoher Bezuschußung maßgebend sind, insbesondere über die seinerzeitige Bezuschußung von privaten Bauten, die über den Begriff „einfach und zweckdienlich" hinausgehen.

Der Ratsvorlage über die Erhöhung der Stundenvergütungen für die Lehrkräfte an der Gewerbeschule und der Mädchenfachschule und Handelsschule wurde zugestimmt, ebenso der weiteren auf Nachbewilligung der durch Preiserhöhung und Valutaverschlechterung verursachten Mehrkosten im Betrage von zusammen 331 197 M. beim Ankauf von sechs amerikanischen Addiermaschinen für die Sparkasse und die Stadtgirokasse.

Für Klassenfahrten auf der Straßenbahn bei Schülerwanderungen wurden 44 100 M. bewilligt, ferner 27 000 M. zur Beschaffung von Schreibtischen und Stühlen für das Mahnungsamt, sowie 6000 M. an den Ausschuß für Ferienwanderungen der Ortsgruppe Dresden des Vereins für Volkshygiene.

Zum Schluß kamen noch drei Anträge zur Beratung. Ein Antrag Holst wünschte, den Rat zu ersuchen, beim Reichsverkehrsministerium dahin zu wirken, daß für Sachsen mit seinem regen Verkehr und seinen mannigfaltigen Bedürfnissen in dieser Richtung ein eigener Bezirkseisenbahnrat mit dem Sitze in Dresden als dem Sitze der Eisenbahndirektion Dresden errichtet wird.

Oberbürgermeister Blüher erklärte, daß, nachdem der Plan bekannt wurde, einen Bezirkseisenbahnrat in Leipzig zu errichten, der Rat sofort telegraphisch beim Reichsverkehrsministerium dagegen protestiert und gefordert habe, daß Dresden Sitz des Bezirkseisenbahnrats werde, wo sich auch die Generaldirektion befinden habe. Eine Antwort habe man nicht erhalten. Wie die Dinge jetzt liegen, sei beabsichtigt, einen gemeinsamen Betriebsrat mit dem Sitz in Leipzig zu errichten, dem auch die Bezirke Halle und Erfurt angegliedert werden sollen. Der Rat werde aber nochmals beim Reichsverkehrsministerium vorstellig werden und er hoffe dabei auf die Unterstützung durch die sächsische Regierung, da die sachlichen Gründe für Dresden sprächen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

## Die Notwohnungen auf der Schlachthofinsel

Dann kam ein Antrag Rückert und Genossen (Soz.) zur Verhandlung:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, Auskunft zu erteilen:

a) über die Erkrankungen der Bewohner der Notwohnungen auf der Schlachthofinsel und über die Kindersterbefälle daselbst, sowie

b) über die Vorkehrungen, die er zu treffen gedenkt, um tatsächlich vorhandene und feststellbare Mängel zu beseitigen.

Der Antragsteller bemerkte, daß die Ursache des Antrags eine Notiz in der Dresdner Volkszeitung gewesen sei; er habe darauf die Wohnbaracken auf der Schlachthofinsel besichtigt und dabei die Behauptungen in der Zeitungsnotiz bestätigt gefunden. Die Bewohner klagten auch sehr über die Feldmausplage und verlangten Schutz gegen die Kälte im Winter. In den Pionierbaracken sei auch kein Licht vorhanden. Im Interesse der Gesundheit der Bewohner müßten die Mängel so schnell und soweit als nur möglich abgestellt werden.

Stadtrat Müller machte dazu Ausführungen, die sich mit dem Inhalte des gehörten von uns veröffentlichten Schreibens des Wohnungsamts decken.

Einer Anregung des Stadtrats entsprechend werden die Stadtverordneten am kommenden Montag die Baracken besichtigen. Der Antrag Rückert wurde einstimmig angenommen.

Ein Antrag Schiller und Genossen (Soz.) führte zu einer

## Straßenbahndebatte

Der Antrag hatte folgenden Wortlaut:

Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen,

1. bei der bevorstehenden Untersuchung der Straßenbahnverwaltung durch einen auswärtigen unparteiischen Sachverständigen unter Zuziehung des Betriebsrats der Straßenbahner bzw. des Angestelltenausschusses des Fahrpersonals — gegebenenfalls auch nachträglich — besonders den Angaben eingehend nachzugehen, wonach bei der Städtischen Straßenbahn zu viel hochbezahlte Direktoren und andre höhere Beamte vorhanden sein sollen, und zu prüfen, in welchem Maße durch eventuelle Verminderung der Zahl dieser Beamten Ersparnisse zu machen sind, und
2. den Stadtverordneten über das Ergebnis dieser Erörterung und Begutachtung einen ausführlichen Bericht zugehen zu lassen.

Genosse Schiller führte begründend aus, es werde darüber geklagt, daß nur bei den unteren Beamten gespart werde, indem man deren Zahl verringere und freiwerdende Stellen nicht wieder besetze, wobei er dahingestellt sein lassen wolle, ob solche Sparsamkeitsmaßnahmen zum Nutzen der Stadt getrieben. Die Untersuchung der Straßenbahnverwaltung durch einen auswärtigen unparteiischen Sachverständigen sei ja nun inzwischen erfolgt, das Ergebnis aber noch nicht bekannt, insbesondere auch nicht, ob die Untersuchung sich auch auf die in der Presse ventilierte Frage erstreckt habe, daß zuviel hochbezahlte Beamte vorhanden sind. Der finanzielle Endeffekt werde gewiß nicht groß sein, darauf komme es auch nicht an, wohl aber darauf, daß die unteren Beamten sehen, daß nicht bloß bei ihnen gespart wird, sondern auch an andern Stellen.

Stadtv. Oertel sprach sich gegen den Antrag aus. Der zur Untersuchung der Straßenbahnverwaltung eingesetzte unparteiische Sachverständige sei, wie ihm mitgeteilt worden wäre, nicht in der Lage gewesen, in die Tiefen der Personalfragen hineinzuleuchten. Das würde aber auch nicht dem Betriebsrat oder dem Angestelltenausschuß möglich sein. Er beantragte, an Stelle des Antrags Schiller zu beschließen, daß die zur Durchforschung der städtischen Geschäftsstellen eingesetzte technische Kommission ihre Arbeiten beschleunigen solle.

Baurat Nier bemerkte, daß der Sachverständige bereits mit dem Betriebsrat der Straßenbahner und mit dem Angestelltenausschuß des Fahrpersonals Fühlung genommen habe, auch in bezug auf die Personalfragen. Das Gutachten des Sachverständigen liege noch nicht vor. Sobald dies der Fall sein würde, würde das Kollegium Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen.

Der Unabhängige Menke erklärte sich gegen den Antrag Oertel und bezeichnete die ganze Sache als Spiegelfechterei.

Oberbürgermeister Blüher sagte, ihm sei es gleichgültig, ob man beide Anträge annehme oder ablehne, da dadurch an der Sache selbst nichts geändert werde, nachdem der Stadtverordnete die Mitglieder des Betriebsrats und des Angestelltenausschusses gehört habe. Der Rat werde alles daran setzen, daß die Tätigkeit der technischen Kommission schnell beendet werde. Bei der Finanzlage der Stadt spiele die Straßenbahn eine große Rolle. So wie bisher könne es mit den Finanzen bei der Straßenbahn nicht weitergehen. Wie auch das Sachverständigenamtchen anstelle, auf jeden Fall müsse Vorsorge getroffen werden, daß sich die Straßenbahn mindestens selbst trägt und nicht täglich einen Zuschuß von 40 000 bis 50 000 M. erfordert. Das Sachverständigenamtchen werde selbstverständlich dem Straßenbahnausschuß zur Beratung vorgelegt werden, zu der auch der Betriebsrat und der Angestelltenausschuß hinzugezogen werden müsse. Wir müssen bei der Straßenbahn durchgreifen und Ordnung schaffen. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Begutachtung der Straßenbahn nicht ergebnislos verläuft.

Beide Anträge fanden darauf einstimmige Annahme, der Antrag Schiller mit der Ergänzung, daß auch der Beamtenausschuß hinzuzuziehen ist.

## Vereinigte Dresdner Arbeiterjugend

Sonntag den 11. September Jugendtag in Leubens Wiederfeldig. — Johannstadt: Die Teilnehmer treffen sich 11½ Uhr mittags auf dem Trieseiner Platz.

## 4. Klasse 179. Landeslotterie

2. Ziehungstag aus 8. September 1921. — (Ohne Gewähr.)

50 000 M. auf Nr. 81539 bei Friedrich Rother, Bautzen.
20 000 M. auf Nr. 303.
10 000 M. auf Nr. 77071.
5000 M. auf Nr. 63101 70521.
3000 M. auf Nr. 32039 52246 65118 90241.
2000 M. auf Nr. 2121 5565 7002 23027 42177 88815 [illegible] 53859 63185 71489 77238.
1000 M. auf Nr. 3116 4031 4675 14360 22187 22561 22840 30031 37194 39135 41361 43227 47763 49975 50404 [illegible] 74688 75338 78180 94205 94736 96128 101042 102505 [illegible] 125130 129740.
600 M. auf Nr. 3221 3755 3810 3954 4042 4090 5066 5189 5919 6709 7179 7208 7335 7355 7534 9127 9832 12502 13478 [illegible] 17315 16797 17197 19507 21669 22488 23900 [illegible] 29072 29909 27085 27811 28978 29043 31189 [illegible] 34611 36468 38313 37791 41139 43137 44806 45094 [illegible] 47446 48920 49018 49538 50423 51694 52187 53046 [illegible] 55687 57601 57763 58754 59817 60150 61233 61902 [illegible] 64053 65277 66815 68012 68739 69686 71296 72208 [illegible] 74945 75280 76474 76957 77011 77096 77323 78273 [illegible] 79390 79347 80237 80825 82406 82701 82714 [illegible] 86491 89151 895[illegible] 90224 90449 91085 92189 [illegible] 96891 99044 101120 101261 101692 102021 102490 [illegible] 105095 107648 110429 110728 111486 112939 112984 [illegible] 115439 116810 117139 120746 122025 122801 123950 125011 [illegible] 125420 128302 129061 129465 129661.

Verantw. f. d. redakt. Teil: Edgar Hahnewald, Striesen, für den Inseratenteil: Max Seifert, Dresden-Blasewitz. Druck und Verlag: Kaden u. Komm., Dresden.

Schicke Damen-Mäntel, allerneueste Form, zu außerordentlich billigen Preisen sind wieder eingetroffen!
Beachten Sie meine große Ausstellung!
Damenmäntel in Ia-Qualität, nur Modefarben M. 310.—, 285.—, 225.— 165.—
Großer Gelegenheitsposten in Damenblusen Serie I M. 45.— Serie II 25.— Serie III 11.50
Kaufhaus Weiner, Schöffergasse 9
Ecke Frauenstraße — Nähe Altmarkt.

Wohlfeile Woche

Die große Teuerung steht vor der Tür
Wir geben in unsrer WOHLFEILEN WOCHE noch weitestgehende Gelegenheit
erstklassige, gute Waren für wenig Geld
zu erstehen. ≡ Beginn des Verkaufs morgen Sonnabend. ≡ Beachten Sie unser Sonntags-Inserat in dieser Zeitung.

Messow & Waldschmidt

# Anträge zum Parteitag in Görlitz

(Fortsetzung)

**Schmölln** (L. B.). Die Reichstagsfraktion wird beauftragt, bei allen zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß die Verordnung vom 16. März 1919 (Aufhebung des Arbeitsmangels in der Landwirtschaft) sofort aufgehoben wird, um allen in der Landwirtschaft beschäftigten Personen die Freizügigkeit wiederzugeben.

**Bezirksorganisation der Pfalz.** Der Deutsche Parteitag in Görlitz möge beschließen: Unsere Fraktion im Reichstag ist zu beauftragen, dahin einzuwirken, daß der Technischen Nothilfe, da sie sehr Streikbrechergeschäften dient, keine Reichsmittel weder zur Verfügung gestellt werden.

**Torgau.** Die sozialdemokratische Fraktion ist zu beauftragen, entschieden dafür einzutreten, daß baldmöglichst die Herausgabe der neuen Landgemeindeordnung und die Neuwahlen der ländlichen Schulvorstände erfolgen.

**Halle a. d. S.** Bei den heute mehrmals wechselnden Ministern und Ministern kann es unmöglich zugelassen werden, daß wie es vorgekommen und jetzt der Fall sein soll, dem dreiviertel Jahre im Amte als Reichskanzler tätigen Abgeordneten Fehrenbach eine Pension von 45 000 M. gezahlt wird. Bei unserer demokratischen Verfassung ist das unzulässig, da der Mann keinerlei Anspruch erlitten hat und seinem früheren Beruf nachgehen kann, der Not des deutschen Volkes auch so groß ist, daß wir uns derartige Ausgaben nicht gestatten können.

**4. sächs. Landtagswahlkreis.** Der Parteitag möge beschließen: Der Parteitag macht es den sozialdemokratischen Reichstags- und Landtagsfraktionen zur Pflicht, die Bewilligung von Ministergehältern aus grundsätzlichen Gründen abzulehnen und nur für Bewilligung von Notstandsdatum einzutreten.

**Bad Berka.** Der Parteitag wolle beschließen: Alle in Parlamenten und Regierungen tätigen Genossen sind aufzufordern, dahin zu wirken, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden weiterhin nicht eingeschränkt und eingeschränkt wird.

**Unterbezirksparteitag des Münsterlandes.** Der Parteitag wolle beschließen, Reichs- und Landtagsfraktion zu beauftragen, darauf hinzuwirken, daß ein Gesetz abgelehnt wird, den Provinzialrat, Regierungsbeamtenrat und Stadtverordneten (Gemeindevertretern) mehr Schutz in Form einer gewissen Immunität sichert.

**Königsberg (Ostpreußen).** Die Genossen in den Parlamenten haben darauf ihr Augenmerk zu richten, daß in den kommenden Gemeindegesetzen Zahlung von Tage- und Reisegeldern für die Mitglieder der Verwaltungsbehörden gesetzlich festgelegt werden.

**Frankenberg a. d. Eder.** Es sind von Parteiseite aus alle Hebel in Bewegung zu setzen, daß unentgeltliche Amtsblätter für die Kreise eingeführt werden, die die amtlichen Bekanntmachungen der Bevölkerung übermitteln.

**Frankfurt a. M.** Die Reichstagsfraktion wird ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Vergebung von Aufträgen für Sachlieferungen für die Reparationen vom kaufmännischen Gesichtspunkten aus geleitet wird. Die Verwaltung an Syndikate muß vermieden werden, da Kalkulation und Verteilung somit ganz in deren Macht liegen. Für alle Aufträge sind Kalkulationen einzureichen, die von den Betriebs- und Angestelltenräten gegengezeichnet werden müssen. Es sollen höchstmögliche Verdienst- und Unkostenquoten für diese Kalkulationen bestimmt werden, die je nach Betriebsgröße abzustufen sind. Bei dem Wiederaufbauministerium sind diese Kalkulationen zu prüfen. Alle Aufträge sollen unter persönlicher Verantwortung der Kommission vergeben werden.

**Frankfurt a. M.** Der Parteitag wird ersucht, darauf zu wirken, daß eine Devisenzentrale errichtet wird, die die Spekulationshäufe in Devisen verhindert und den Banken zur Pflicht macht, Devisen nur gegen Vorlage der Faktura zu verkaufen.

**Jüllichau.** Der Parteivorstand ist zu beauftragen, dahin zu wirken, daß bei der bevorstehenden Beratung des Reichsmietengesetzes die sozialdemokratische Fraktion, als die geborene Vertreterin der Mieter, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln für den Entwurf des Mieterbundes (Sitz Dresden) eintritt, um demselben zum Siege zu verhelfen.

## V. Das Parteiprogramm

**Zwickau.** Für den Fall, daß der Görlitzer Parteitag die Beschlußfassung über das neue Parteiprogramm vertagt, fordern wir, daß er der Partei ein durchschlagendes kurzes Aktionsprogramm gibt, das unsere Gegenwartsaufgabe knapp und klar umschreibt und bis zur Fertigstellung unseres neuen Programms Geltung behält.

**Breslau-Stadt.** Der Parteitag erklärt, daß das endgültige Programm enthalten muß:

1. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf in eine sozialistische umzuwandeln.
2. Eine Darstellung der von uns erstrebten Wege der Sozialisierung.
3. Eine Ausführung unserer Forderungen zur Demokratisierung.

**Dresden.** Der 5. Unterbezirk Dresden-Altstadt lehnt den vom Parteivorstand veröffentlichten Entwurf zu einem neuen Parteiprogramm als gänzlich undiskutabel ab. Er ist zufolge seiner Unklarheit, Uneinheitlichkeit und Schwächlichkeit als Grundlage für weitere Erörterungen ungeeignet und entspricht nicht den sozialistischen Gesinnungen und Bestrebungen, die die sozialdemokratischen Massen beherrschen. Der Bezirk fordert darum, daß der Parteitag die Zusammensetzung der Programmkommission ändert, indem er entschiedene Vertreter der entschiedenen Sozialisierungsgedanken in diese entsendet.

**Dresden.** Der Parteitag wolle beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist abzulehnen. Das Programm muß klar und bestimmt das Ziel unserer Bewegung, die sozialistische Lebensordnung, zum Ausdruck bringen. Zur Sozialisierung als das Entscheidende muß bestimmt Stellung genommen und dabei die Untersuchung und Erfahrungen unserer Wirtschaftstheoretiker und Praktiker benutzt werden.

**Dresden.** Der Parteitag möge beschließen: Der von der Programmkommission vorgelegte Entwurf ist als undiskutabel abzulehnen. Das endgültige Programm muß enthalten: 1. Eine geschichtliche Begründung des Sozialismus und der Sendung der Arbeiterklasse. 2. Ein Bekenntnis zum Klassenkampf. 3. Eine klare Stellungnahme zu der Frage, welche Sozialisierungsmaßnahmen in Zukunft durchzuführen sind. Die Programmkommission ist diesen Forderungen entsprechend zusammenzusetzen. Dem Parteitag ist anheimzugeben, für die programmlose Zeit ein Aktionsprogramm zu schaffen.

In dem Programm muß klar und deutlich ausgedrückt sein, daß es Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist, den Klassenkampf des Proletariats zu einem bewußten und einheitlichen zu gestalten. Das ist die Grundidee unserer Partei, und wenn diese im Programm fehlt, ist jedes Parteiprogramm für uns unannehmbar.

Die Stellungnahme zu den schwebenden politischen Fragen gehört in ein Aktionsprogramm.

Deshalb fordern wir nochmalige, gründliche Durcharbeitung eines neuen Parteiprogramms, das neben seinem wissenschaftlichen Gehalt auch einen agitatorischen, die Massen überzeugenden Inhalt besitzen muß.

**Köln.** 1. Im grundsätzlichen Teile möge das neue Programm entsprechend dem Erfurter Programm den Klassenkampf ausdrücklich als Mittel und Weg zur Verwirklichung des Sozialismus bezeichnen. — 2. Die elf Gruppen politischer Forderungen mögen in folgender logischer Reihenfolge aufgestellt werden: a) wirtschaftspolitische Forderungen unter Einschluß der Agrarfragen; b) sozialpolitische Forderungen: Arbeitszeitfragen, Gesundheitspflege, Wohnungswesen, Rechtspflege; c) kulturpolitische Forderungen: Erziehung, Schule, Jugendbewegung, Wissenschaft und Kunst, Stellung zur Religion; d) staatspolitische Forderungen: Verfassung und Verwaltung, Finanzen, Kommunalpolitik, Völkerbeziehungen und Internationale. — 3. Unter den Agrarfragen möge die Forderung der Vergesellschaftung des Grund und Bodens, soweit er kapitalistischer Ausbeutung dient, ausdrücklich an die Spitze gestellt werden. — 4. Absatz 4 des Abschnittes Kulturpolitik im vorliegenden Programmentwurf möge folgende Fassung erhalten: Religion ist Privatsache, Sache innerer Ueberzeugung nicht Parteisache, nicht Staatssache. Deshalb Trennung von Staat und Kirche, Weltlichkeit der als Einheitsschule aufzubauenden Schule. Im übrigen Freiheit und Duldung für jede Glaubensgemeinschaft oder werdende Weltanschauung.

**Unterbezirk Untermain.** Im Programm ist unter Sozialpolitik aufzunehmen: Alle Arbeiter, die 70 Jahre Alters- und Invalidenmarken geleistet haben und 60 resp. 65 Jahre alt sind, sind auf ihren Antrag aus der Arbeit zu entlassen und dafür jüngere Kräfte einzustellen aus den Reihen der Erwerbslosen. Den Angestellten ist zu ihrer Alters- bzw. Invalidenrente so viel Zuschuß zu gewähren, daß sie das Existenzminimum eines gewöhnlichen Arbeiters erreichen.

**Marburg a. d. Lahn.** Die am 17. Juli in Marburg a. d. Lahn versammelten Vertreter des Verwaltungsbezirks Marburg der S. P. D. (Bezirksverband Hessen-Nassau) richten an den Parteitag in Görlitz das dringende Ersuchen, auf eine umwälzende Reform der Hochschulen in Volksuniversitäten hinzuwirken und auf dieses wichtige Kapitel bei der Neufassung unseres Parteiprogramms ein besonderes Augenmerk zu richten.

**Halle a. d. S.** Der Ortsverein Halle der S. P. D. schließt sich dem Antrag der Breslauer Parteigenossen zum Programmentwurf in folgenden Forderungen an:

Der Parteitag erklärt, daß das endgültige Programm enthalten muß:

1. Ein Bekenntnis zu der geschichtlichen Sendung der Arbeiterklasse, die kapitalistische Gesellschaft durch ihren wirtschaftlichen und politischen Kampf zu einer sozialistischen umzuwandeln.
2. Eine Darstellung der von uns erstrebten Wege der Sozialisierung.
3. Eine Ausführung unserer Forderungen zur Demokratisierung. In dieses Programm sind aus dem Erfurter der Teile zu übernehmen, die von der ökonomischen Entwicklung bestätigt oder unerschüttert sind.

**Cöthen.** Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand ist zu beauftragen, die Agrarfrage umgehend in Bearbeitung zu nehmen.

**Königsberg i. Pr.** In dem Abschnitt Kulturprogramm ist der Satz einzufügen: Beseitigung des Privatschulwesens.

**Salzungen.** Der Punkt 7 betr. Entschädigung bei Ueberführung des Privateigentums in Gemeineigentum ist zu streichen und diese Frage den jeweiligen Machtverhältnissen zu überlassen.

**Elberfeld.** Folgende Forderung ist aufzunehmen: Kurzfristige Grundlegung des Index aller Bedarfsgegenstände durch die behördlichen Organe im Einvernehmen mit den Organisationen der Konsumenten und den Gewerkschaften zwecks Feststellung des Existenzminimums.

Gesetzliche Grundlegung des Existenzminimums.

Der Punkt 7 ist zu streichen.

**Weimar.** Im Abschnitt „Völkerbeziehungen und Internationale" erhält Punkt 8 folgende Fassung:

8. a) Internationale Abrüstung unter Garantie des Völkerbundes mit dem Ziele der Herabsetzung der Wehrmacht auf das Maß, das die innere Sicherheit der Staaten erfordert, aber auch die Autorität des Völkerbundes gewährleistet. Notwendigkeit, um zu diesem Ziele zu gelangen, ist die Abschaffung der stehenden Heere, ihr Ersatz durch Volkswehren. Erziehung der nationalen Wehrmacht zur Erfüllung der Aufgaben des internationalen Rechts und zum Schutze der inneren Sicherheit. Körperliche Ausbildung der Jugend zur Wehrhaftigkeit unter Ausschaltung des Haß- und Rachegeistes.

**Elberfeld.** Der letzte Teil des Punktes 9 von dem Worte „Sicherstellung" an ist zu streichen und an dessen Stelle sind die Worte zu setzen: „Sicherstellung der Existenz gewährleistet".

**Chemnitz.** Der Parteitag wolle beschließen, darauf hinzuwirken, daß auch in Deutschland ein Reichsferiengesetz für alle Arbeitenden geschaffen wird und daß diese Forderung mit in das neu zu schaffende Aktionsprogramm aufgenommen wird.

**Elberfeld.** Zum Programmentwurf ist unter „Völkerbeziehungen und Internationale" folgender Passus einzufügen: „Internationale Regelung der Rohstoffverteilung nach dem Grundsatz der Gerechtigkeit und nach Maßgabe des tatsächlichen Bedarfs in Industrie und Landwirtschaft."

**Aachen.** Für die Uebergangszeit ist ein Aktionsprogramm zu schaffen, das der heutigen Zeit in wirtschaftlicher wie politischer Beziehung Rechnung trägt.

**Unterbezirk Göttingen.** Das neue Programm der Partei ist nach seiner endgültigen Fassung als Flugblatt in ganz Deutschland zu verbreiten.

**Aachen.** Der Parteitag bestimmt eine Kommission, die ein Programm ausarbeitet, das den revolutionären Gedanken wie die Weiterführung des Klassenkampfes in sich birgt.

## VI. Jugend und Bildung

**Berlin.** Der Parteivorstand wird ersucht, die Parteipresse zur Schaffung von Jugendbeilagen anzuhalten.

**Dresden.** Staatsschulverwaltungen und Gemeinden erhöhen immer mehr das Schulgeld in mittleren, höheren und Fachschulen. Der Erwerb höherer Bildung wird dadurch immer mehr ein Reservatrecht der Besitzenden. Aber auch den Kindern des werktätigen Volkes muß die bestmögliche Ausbildung gesichert sein. Die Arbeiterschaft hat ein ganz besonderes Interesse daran, daß die guten Köpfe des Nachwuchses so gebildet werden, daß sie höhere Stellen in Reich, Staat und Gemeinde, im Wirtschafts- und Lehrfach einnehmen können. Letzten Endes steht und fällt damit die ganze zukünftige sozialistisch-demokratische Arbeit im Staate. Das Ziel wäre gänzlicher Verzicht auf jedes Schulgeld, das gegen alle wirtschaftlichen, bevölkerungs- und bildungspolitischen Grundsätze verstößt. Da aber dieses Ziel unter der gegenwärtigen Finanzlage kaum zu erreichen ist, hat sich die Sozialdemokratische Partei mit aller Macht dafür einzusetzen, daß durch Schulgelderlaß in mittleren und Hochschulen und durch Gewährung von Beihilfen für Beköstigung und Bekleidung in ausreichender Weise die Ausbildung der Begabten aus den Kreisen des werktätigen Volkes sichergestellt wird.

**Hamburg.** In der Erkenntnis, daß nur eine tatkräftige Hebung der Bildung und Kultur des ganzen Volkes uns aus dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch wieder erheben kann, fordert der Parteitag alle Genossen und Genossinnen in Stadt und Land auf, ihren Einfluß überall dahin geltend zu machen, daß die zur Verfügung stehenden Mittel in Gemeinden, Ländern und im Reich nicht nur für die notwendige Verwaltung und den Schutz von Person und Eigentum, sondern in steigendem Maße für kulturpolitische Zwecke verwendet werden (Schul- und Bildungswesen, Wissenschaft, Kunstpflege, Jugendbewegung). Zahlreiche kulturpolitische Maßnahmen, auch solche, die von der Reichsverfassung gewährleistet sind, werden ungenügend oder gar nicht durchgeführt (Lehrerbildung, Schulgeld- und Lernmittelfreiheit, Fortbildungsschule, Jugendwohlfahrt) unter Hinweis auf den Mangel an Mitteln. Damit versuchen besonders die Vertreter reaktionärer Parteien die ihnen verhaßte und sie gefährdende Kulturpolitik zu verhindern und ihre Kreise vor scharfer Besteuerung zu bewahren. Der Parteitag fordert die Genossen und Genossinnen auf, gegen solche Machenschaften die Augen offenzuhalten.

**Berlin.** Der Parteivorstand ist aufzufordern, die Parteischule wieder einzurichten.

**Unterbezirksparteitag des Münsterlandes.** Der Parteitag wolle beschließen, den Zentralbildungsausschuß durch den Parteivorstand zu beauftragen, baldigst wieder Parteischulen zu errichten und fernerhin für die Ausbildung und Durchschulung unsrer jüngeren Parteimitglieder beiderlei Geschlechts mehr Sorge zu tragen.

**Halle a. d. Saale.** Die Ortsgruppe erwartet vom Parteitag, daß er den Zentralbildungsausschuß beauftragt, baldigst Schritte zu unternehmen, Parteibildungsschulen zu errichten. Es sollen darin Funktionäre der Partei eine gründliche Ausbildung in allen Fächern der Arbeiterbewegung und in der Wissenschaft vom Sozialismus erhalten.

**Breslau (Stadt).** Der Parteitag verpflichtet die örtlichen Ortsgruppen, Bildungskurse einzurichten, die zweckmäßig zusammengefaßt und zu Parteischulen ausgestaltet werden. Als Lehrstoff kommen in erster Linie Volkswirtschaftslehre unter besonderer Berücksichtigung der sozialistischen Theoretiker und neuere Geschichte unter besonderer Berücksichtigung der Parteigeschichte in Frage. Für die Parteigenossen der Kleinstädte und des flachen Landes richten die Bezirke ähnliche Kurse ein. Wenn es die finanzielle Lage der Partei irgend erlaubt, gehen Parteivorstand und Bildungsausschuß an die Neueinrichtung der Parteischule, die als Parteihochschule auszubauen ist.

**Halle a. d. Saale.** Der Parteitag wolle beschließen: Der Parteivorstand möge eine Kommission zur Ausarbeitung eines Bildungsprogramms einsetzen.

**Bad Berka.** Der Parteitag wolle beschließen: Parteivorstand und Vorstand, Regierung, Reichstags- und Landtagsfraktionen, Ortsgruppen und auch Gewerkschaften sollen alle Mittel anwenden zur Schaffung von Volksschulheimen, die die Gefahren und Schwächen der Volksschulen umgehen und dem Proletarierkinde die Möglichkeit einige Monate sich abseits der staubigen Alltagsstraße der Vertiefung zu widmen. Die Mittel bringen der Schulgesetzgebung und der Unternehmer gemeinsam auf nach zu vereinbarenden Gesichtspunkten.

**Blankenese.** Für eine friedliche Verständigung der Volksmassen, insbesondere ihrer proletarischen Schichten, ist eine Weltsprache unbedingte Voraussetzung. Der Parteivorstand und die zuständigen Instanzen werden deshalb aufgefordert, dem Beispiel der Partei-organisationen andrer Länder folgend, die Weltsprache „Esperanto" überall einzuführen und mit allen Mittel zu fördern.

## VII. Sonstige Anträge

**Hamburg.** Der Parteitag wolle beschließen, jedem Parteigenossen zu empfehlen, den Konsumgenossenschaften als Mitglied beizutreten, um dadurch den genossenschaftlichen Sozialismus zu fördern.

**Hamburg.** Der Parteivorstand wird beauftragt, mit den Gewerkschaften, den Konsumvereinen und der Großeinkaufsgesellschaft in Verbindung zu treten zwecks Gründung einer Genossenschaft zur Herstellung des von den Zeitungsbetrieben der Partei, der Gewerkschaften, sowie des von den Bureaus der Arbeiterbewegung benötigten Papiers.

**Neuklingen-Münsingen.** Der Parteivorstand wolle der Papierfabrikation auf irgendeine Weise, sei es durch Schaffung oder Erwerbung einer Papierfabrik, oder auf genossenschaftlicher Basis mit den Konsumvereinen, nähertreten.

Der Antrag wurde mit der unerhörten Verteuerung des Papiers begründet, worunter besonders die Arbeiterpresse stark zu leiden hat.

**Hamburg.** Der Parteitag wolle beschließen: „Es wird den Genossen zur Pflicht gemacht, mehr als bisher die Frauen an allen Arbeiten heranzuziehen, im öffentlichen Aemtern, Körperschaften und Funktionen."

**Hamburg.** Antrag zur Verfassung und Verwaltung: Bekämpfung jeglichen bureaukratischen Geistes in der Verwaltung, insbesondere durch zweckentsprechende Besetzung der Beamtenstellen. Mit einem öffentlichen Amt darf nur bekleidet werden, wer durch schöpferische Leistungen und soziale Betätigung seine Reife dargetan hat. Die herkömmlichen Examen kommen erst in zweiter Linie in Frage.

**Unterbezirk Osthavelland-Ruppin.** Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen: In allen größeren Orten sind von den kommunalen Behörden gemeinsam mit den politischen Parteien und den Vertretern der Verbraucher und Erzeugerorganisationen Lebensmittelprüfungskommissionen einzusetzen.

**Halle a. d. Saale.** Der Parteitag wolle mit aller Entschiedenheit auf die Mitglieder der preußischen Landtagsfraktion einwirken, daß dieselben mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln bei der Anstellung der Schutzpolizeibeamten darauf hinwirken, daß ihnen dieselben Rechte wie allen andern Staatsbeamten eingeräumt werden. Zu Besonderheit ist darauf hinzuwirken: 1. daß den Polizeibeamten das Koalitionsrecht nicht eingeschränkt wird; 2. daß die Anstellungsbedingungen für Beamte im Offizierrang und Beamte im Unteroffizierrang gleichmäßig sind, um dadurch ein Aufrücken der Unterbeamten leichter zu ermöglichen und der Demokratisierung der Verwaltungen nachzuhelfen.

**Groß-Hamburg.** Der Parteitag wolle beschließen, den Kreispreßkommissionen größere Rechte als bisher einzuräumen.

**Berlin.** Der Parteitag 1922 möge in Berlin stattfinden.

**Hannover.** Der nächste Parteitag findet in Hannover statt.

**Frankfurt am Main.** Der nächste Parteitag findet in Frankfurt am Main statt.

**München.** Der Parteitag in Görlitz wolle beschließen, den nächsten Parteitag in München abzuhalten.

**Schwerin in Mecklenburg.** Der Parteitag möge beschließen, den nächsten Parteitag in Schwerin in Mecklenburg abzuhalten.

# Zum Parteitag

Der Hauptausschuß für den Sozialdemokratischen Parteitag in Görlitz bittet uns um Veröffentlichung der nachstehenden Zeilen: Am 8. September tagte der Hauptausschuß des Parteitages und legte das Programm in seinen Grundrissen fest. Bis jetzt sind rund 500 Delegierte angemeldet und außerdem aus dem engeren Agitationsbezirke 600 Gäste. Von letzteren wird auch ein erheblicher Teil die ganze Woche hindurch den Verhandlungen beiwohnen. Die Frage der Unterbringung aller Teilnehmer ist bisher zur Zufriedenheit gelöst. Trotz den vielen Anmeldungen stehen noch eine Anzahl Privatlogis zur Verfügung. Die Eröffnung des Parteitages erfolgt Sonntag den 18. September, nachmittags 5 Uhr. Es wird unter Mitwirkung der 180 Mann starken Arbeiter-Sängervereinigung und des Gesangvereins Gutenberg vor sich gehen, das gleichen mit einigen Orgelvorträgen und Rezitationen. Den Hauptteil des Abends werden Begrüßungsansprachen und die Erledigung der Tagesordnung bilden. Sonntag früh werden die schon anwesenden Teilnehmer mit der Stadt bekanntgemacht. Es finden einige Führungen durch orts- und geschichtskundige Personen statt. Die Verhandlungen Montag früh dürfen um 9 oder 10 Uhr beginnen. Am Dienstagabend ist künstlerisches Konzert und Unterhaltungsabend vorgesehen. Mittwoch wird der Genosse Oberbürgermeister Scheidemann in der Stadthalle in öffentlicher Versammlung sprechen. Für die Delegierten ist auch eine Kahnfahrt mit Fackelbeleuchtung auf der Neiße vorgesehen. Der Donnerstagnachmittag ist verhandlungsfrei und findet gemeinsamer Ausflug nach der Landeskrone statt. Am Abend nach eingetretener Dunkelheit wird auf dem Berglegel eine ganz besondere Veranstaltung stattfinden. Freitag abend wird eine Opernvorführung im Stadttheater gegeben. Zur Aufführung gelangen: Die lustigen Weiber von Windsor. Am Sonnabend nach Schluß der Tagung, bei genügender Beteiligung eine Fahrt nach Cybin und den Zittauer Bergen stattfinden. Alles Ausführliche wird rechtzeitig bekanntgegeben. Während der Dauer der Tagung wird der Bahnhofsvorplatz und der Stadthalleneingang geschmückt sein. Der Hauptausschuß wird ein Führer durch Görlitz herausgeben. In ihm wird unter anderm ein Stück Geschichte von Görlitz zu lesen sein, desgleichen eine geschichtliche Abhandlung über die Görlitzer Partei- und Arbeiterbewegung. — Für parteigenossische Erinnerungssammler teilt der Hauptausschuß mit, daß die Freimarken aller während der Parteitagswoche im Tagungslokal aufgegebenen Postsachen mit einem besonderen Stempel versehen werden. Dieser trägt die Inschrift: „Görlitz, Tatum, Sozialdemokratischer Parteitag". Wer an solchen Marken Gefallen hat, sende den Betrag für — im Höchstfalle 15 — gewünschte Marken per Postanweisung oder die Marken selbst per eingeschriebenen Brief einfach 8 M. Unkosten, an den Hauptausschuß des Parteitages, Redakteur E. Baumgart, Görlitz, Postamt 8. Der spätestes Termin für die Einsendung ist der 21. September. Eventuelle Einsendungen sind durch das Stichwort „Stempel" kenntlichzumachen.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210909/10 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG